Jeder Parteigenosse besucht die erweiterten Bezirksmitgliederversammlungen!

(Siehe untenstehenden Versammlungskalender)

Tatsächlicher oder vermeintlicher Opportunismus — oder leichtfertige Unterstellungen?

Eine Erwiderung.

Nach dem holländischen Genossen C. M. soll sich die Partei auf dem Wege des Uebergangs von der Klassen- zur Parteipolitik befinden. Er glaubt dies sogar mit einem Zitat aus der KAZ. Nr. 79 begründen zu können. Was ist dort gesagt worden?

„Es steht also nicht ein Fall Schwarz zur Diskussion, sondern die Methode zur Entscheidung taktischer Fragen und damit bis zu einem gewissen Grade die Taktik der Partei selbst."

Aus dem Satz selbst sowie aus dem ganzen Absatz, aus welchem er herausgerissen ist, ist zu ersehen, daß eine solche Schlußfolgerung zu den vorhergehenden Ausführungen nicht stimmen kann. Dort wird auseinandergesetzt, daß die Partei schon längst, schon mit ihrer Stellung zur E. L. und der mit der E. L. eingegangenen Arbeitsgemeinschaft die Frage der Ausnutzung der sogen. kleinen Vorteile entschieden hat. Dann folgt der angeführte Satz, daß es sich hier nicht mehr um einen „Fall Schwarz", sondern um die Methode zur Entscheidung taktischer Fragen handelt. Es ist auch des weiteren begründet, daß mit der Methode weiterhin gemeint ist, ein fraktionsmäßiges Vorgehen des einen Teiles der Partei gegen den andern. **Es ist falsch, die Stellung der Partei zu einem solchen Fall als eine Frage der Taktik der Partei zu bezeichnen!** Es ist sehr schlecht mit der Logik des holländischen Genossen bestellt, wenn er nicht begreift, daß nicht von der Taktik, sondern von der Methode zur Entscheidung taktischer Fragen gesprochen wird und die Methoden zur Entscheidung taktischer Fragen und „die Taktik der Partei selbst" ganz verschiedener Dinge sind.

Der holländische Genosse merkt das nicht. Außerdem hat er andere „Beweise" dafür, daß die Körperschaften der Partei auf eigene Faust eine Aenderung der Taktik vorgenommen hätten, so wie früher die „Essener". Die Aenderung soll darin bestehen, daß die Partei das Parlament noch als Sprechbühne gebrauchen möchte. Beweise: 1. ein Genosse hätte auf dem Zentralausschuß die Nützlichkeit der Granatenrede von Schwarz anerkannt. 2. Die KAZ. hätte dieser Rede Beifall gezollt, ohne, daß sie eine antiparlamentarische Kritik angesetzt hätte. 3. Wie der holländische Genosse ganz sicher weiß, werden jetzt die Reden, die der Parlamentarier Schwarz gegenwärtig im Reichstag hält, durch die Instanzen der Partei mitbestimmt. Der holländische Genosse weiß allerdings, was Remmele in der „Kommunistischen Internationale" mitteilte, daß die KAP. sich an den kommenden Reichstagswahlen beteilige. Wer kann nach diesen Beweisen eigentlich noch zweifeln, daß in der Tat eine Aenderung der Taktik vorgenommen wurde?

Es fällt uns wirklich schwer, solche „Beweise" zu entkräften. Wir müssen uns aber dieser Aufgabe unterziehen. Die Instanzen der KAPD. bestimmen keine Reden. Der aus der E. L. hervorgegangene Parlamentarier Schwarz ist nur formell im Reichstag und betätigt sich überhaupt nicht mehr parlamentarisch. Seine Stellung zu ihm als Sympathisierender ist von seiner praktischen Haltung zur Partei bestimmt. 2. Daß die Granatenrede von einem aus der KPD. hervorgegangenen Parlamentarier nützlich war, das begreift sogar der holländische Genosse. Er müßte aber dann auch begreifen, daß wir auf diese Anerkennung eine Aenderung der Taktik bezüglich des Antiparlamentarismus ebensowenig folgern wollen wie er. Die KAP. hat niemals die Wirksamkeit der parlamentarischen Tribüne unter bestimmten Umständen (zum Beispiel die Rede Liebknechts) geleugnet. Und dennoch hat sie den Parlamentarismus abgelehnt. Die Gründe für diese Ablehnung sind schon des öfteren dargelegt, so daß wir hier darauf verzichten können.

3. Die KAZ. hat das in dieser Rede enthaltene Material in der Weise verwertet, wie sie das Material bürgerlicher Zeitungen verwertet, um die konterrevolutionäre Politik Rußlands zu entlarven. Daß dabei nicht am Platze war, die Wirksamkeit dieses Materials durch eine antiparlamentarische Kritik abzuschwächen, nur weil die Rede im Reichstag gehalten worden ist, müßte auch der holländische Genosse begreifen können.

Der holländische Genosse führt seine auf tönernen Füßen stehenden Argumente noch einmal an, um zu „beweisen", daß, nachdem die Partei in bezug auf den Parlamentarismus eine Taktik eingeschlagen haben soll, die die Bestimmung der Politik der Partei lediglich nach den Instanzen verlegt. Beweis:

Die Instanzen haben gewiß im Einvernehmen mit der Berliner Organisation gehandelt, aber sie haben sie betrogen, indem sie vorgaben, daß es sich um eine Zweckmäßigkeitsfrage handele, und nachdem selbst zugaben, daß es sich in Wirklichkeit um eine Aenderung der Taktik handele. Das soll die Instanzenpolitik Nr. 1 sein. Der holländische Genosse, der in seinem Eifer „Beweise" zu konstruieren versucht, hat wirklich Pech. Denn 1. sind die Ausführungen über „Zweckmäßigkeitsfragen" und „die Taktik der Partei selbst", auf die er seine Konstruktion stützt, nicht zeitlich getrennt, sondern in ein und demselben Artikel enthalten (in Nr. 79) und daher vor der Zentral-Ausschußsitzung. Und 2. handelt es sich wie wir schon ausgeführt haben, nicht um die Taktik der Partei selbst, sondern um die Methode taktischer Fragen usw. Hoffentlich lernt der holländische Genosse zu unterscheiden zwischen „Methode zur Entscheidung" und der „Taktik der Partei selbst".

Der holländische Genosse hat aber auch noch andere „Beweise" dafür, daß die Politik der Partei nach den Instanzen verlegt wird, nämlich: die finanzielle Grundlage der Partei soll jetzt zu einem Teil auf einem Parlamentarier ruhen, er soll im Parteiorgan mitarbeiten und seine Reichstagsreden mit den Parteiinstanzen ausarbeiten. Alle diese Dinge sollen sich der Kontrolle der Mitgliedschaft entziehen. Diese persönlichen Abmachungen müßten Führer- und Instanzenpolitik Tür und Tor öffnen. Das soll die Instanzenpolitik Nr. 2 sein.

Was die Reichstagsreden betrifft, so hat sich der holländische Genosse anscheinend am Radio verhört. Was die Mitarbeit an der Zeitung anbetrifft, so ist sie seit Gründung der Partei anonym. Die Organisation hat eine Redaktion und eine Pressekommission, die dafür verantwortlich sind. Unter diesen Umständen hat die Frage nach dem Verfasser der Artikel keine Bedeutung für die Organisation, sondern zu kontrollieren ist lediglich der Inhalt. Lieber Gen. C. M., sogar aus Holland kann man das tun, vorausgesetzt, daß man aufmerksam liest. Aber bestimmt die Annahme von Geld außer den Mitgliedsbeiträgen nicht Instanzenpolitik. Wir sind bereit, den holländischen Genossen eine Adresse zu geben, wo er sich mündliche Aufklärung darüber verschaffen könnte, daß der Kampf der Partei nicht immer lediglich mit Mitgliedsbeiträgen geführt wurde. Die KAP. hat noch nie auf dem Standpunkt gestanden, daß die Aufgaben der Partei lediglich nur durch Mitgliedsbeiträge gelöst werden könnten. Das Mittel zur Ueberwindung der daraus evtl. entstehenden Gefahren kann nur das Bewußtsein um die Aktivität der Mitglieder selbst sein.

Der holländische Genosse fühlt aber selbst, daß seine „Beweise" aus der Parteipresse und der Tätigkeit der Partei trotz aller Konstruktion nicht ausreichen, den Nachweis dafür zu führen, daß die Partei die Klassenpolitik preisgibt zugunsten der Parteipolitik und er verfällt dabei auf folgenden kuriosen Gedanken:

„Daß sie mit vollen Segeln diese Richtung nimmt, geht nicht in erster Linie daraus hervor, was die heutige Leitung tut und schreibt, als vielmehr daraus, was sie nicht tut und schreibt."

Was tut und was schreibt die Partei nicht?

Nach dem holländischen Genossen konzentriert sich die Tätigkeit der Partei fast ausschließlich auf Auseinandersetzungen mit der KPD. und ihren verschiedenen Ablegern. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit läge nicht in den Betrieben, wo die Arbeiter als Klasse vereinigt sind, sondern sie wende sich an die Mitglieder dieser oder jener Partei. Die Partei soll also viel zu viel auf Parteipolitik anstatt auf den Klassenkampf eingestellt sein. Dieser Teil des Artikels des holländischen Genossen ist beachtenswerter als seine Sorgen über das „Bündnis" mit einem „Parlamentarier". Was ist dazu zu sagen?

Die Arbeiterklasse ist nicht ein statistische Größe, die aus einfachen Einheiten besteht und die als eine einheitliche Klassenarmee angesehen werden kann. Die Arbeiter, sofern sie nicht indifferent sind, sofern in ihnen schon ein Funke Klassenbewußtsein schlummert, gehören mehr oder weniger bewußt oder gefühlsmäßig einer der politischen Strömungen der Arbeiterbewegungen an. Die Parteien umfassen die aktivsten Elemente dieser Strömungen. Deshalb ist der Kampf um neue Wege, Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung gleichzeitig ein Kampf gegen überholte, falsche, alte Anschauungen. Die parteipolitischen Kämpfe und Auseinandersetzungen sind also unvermeidlich und notwendig. Sie sind eine selbstverständliche Aufgabe aller Mitglieder der KAP. und die Mitglieder der KAP. müssen diesen Auseinandersetzungen gewachsen sein, sonst können sie nicht in das Gewebe der ideologisch verschiedenen politischen Systeme, in die das Proletariat verstrickt ist, mit der Waffe der Kritik eindringen, und die Hemmnisse für die Entwicklung einer revolutionären Ideologie beiseite schieben. In diesem Falle würden sie also nicht den Aufgaben der Partei gewachsen sein. Die KAP. würde dann aus zwei Teilen bestehen müssen. Eine Minderheit von Führern und eine Mehrheit von Anhängern. Damit würden die inneren Beziehungen der alten parlamentarischen Parteien reproduziert und das wäre das Ende der KAP. als revolutionäre Partei. Der holländische Genosse weiß keinen besseren Weg zur Ueberwindung einer solchen Gefahr als den Rat, die Parteitätigkeit müsse sich der Indifferenz der Arbeiter anpassen. Er geht nicht von den Verhältnissen und den den Verhältnissen entspringenden Aufgaben aus, sondern von dem Niveau der Masse der Indifferenten und versucht auf dieser Grundlage das Problem von Führer und Masse zu lösen, ohne zu sehen, daß dies auf Kosten der Aufgaben der Partei geschieht und daß seine „Lösung" eine fruchtlose Spekulation ist.

Es ist bezeichnend, wie wenig der holländische Genosse seinen Artikel überlegt hat, wenn er sofort nach seiner Attacke, die er gegen die Parteipolitik geritten hat, schreibt:

„Nun kann man selbstverständlich nicht sagen, daß die KAP. sich nicht mit den verschiedenen Parteien auseinandersetzen soll."

Vielleicht wird er, statt 10 Artikel zu schreiben, noch verraten, welche Auseinandersetzungen er meint, denn dazu ist doch notwendig, daß man die Ansichten des Gegners und das dazugehörige Material kennen lernt.

Nicht auf Kosten der Partei kann das Verhältnis der Partei zwischen Masse und Führer überwunden werden, sondern im Kampfe um die Zusammensetzung der Partei aus bewußten marxistisch geschulten Mitgliedern.

Die Frage der unvermeidlichen und notwendigen Auseinandersetzungen mit den verschiedenen politischen Richtungen hat jedoch noch eine andere Seite, die nichts zu tun hat mit dem Problem Führer und Masse oder „Partei und Klassenpolitik" und die der holländische Genosse gar nicht sieht, nämlich wie sollen die Auseinandersetzungen geführt werden?

Die Partei muß sich bei diesen Auseinandersetzungen von der Erkenntnis leiten lassen, daß sie nur fruchtbar sein können, wenn sie nicht in der „reinen Sphäre der Ideologie", sondern vielmehr in der Praxis des Klassenkampfes geführt und immer wieder von der lebendigen Anschauung dieser Praxis ausgehen. Dieses soll die Partei auch dann nicht vergessen, wenn sie gezwungen ist, — es müßte jedem klar sein, daß die Partei ihren Kampf nicht unter freigewählten Bedingungen führen kann — ihre revolutionäre Kritik auf Fragen zu konzentrieren, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Praxis des Klassenkampfes stehen, aber dennoch von großer Wichtigkeit für diesen sind. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung mit der III. Internationale, wo der Ausgang der Auseinandersetzungen die Außenpolitik Rußlands war, mit der auch die Granatenkampagne zusammenhing. Diese Erkenntnis würde jedoch ein frommer Wunsch bleiben, wenn die Partei keine richtige Vorstellung von dem Wesen und den Aufgaben der Union hätte — wie dies bei dem holländischen Genossen der Fall ist.

Er sieht in der AAU. als der Zusammenfassung der Betriebsorganisationen nichts anderes als einen Schlachtruf, dem dieselbe Bedeutung zukäme, wie die Parolen „allgemeines Wahlrecht" und „Republik" vor dem Kriege. Die Gründung von Betriebsorganisationen soll kein Selbstzweck, noch nicht einmal ein Ziel sein, sondern eine Parole. Denn, wird die Gründung von Betriebsorganisationen zum Ziel oder Selbstzweck, so wird die Losung „Schafft Betriebsorganisationen" konterrevolutionär wie die Losungen „Allgemeines Wahlrecht und Republik".

Soviel Sätze, soviel falsche Gedanken. Weiß denn der holländische Genosse nicht, daß auch für die Sozialdemokratie die Parole „Freies Wahlrecht" und „Republik" kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck war, und ist denn die Republik nicht auch als Mittel zum Zweck konterrevolutionär? Die Antwort auf diese Frage ist, daß die Losungen „allgemeines Wahlrecht" und „Republik", wo sie noch als Kampfparolen gedacht waren *), in sich den Opportunismus trugen, denn eine politische Losung, wie diese, wird zum Mittel, sobald sie erkämpft ist. Sollen die Betriebsorganisationen, sobald sie ein Mittel des Kampfes geworden sind, konterrevolutionär werden? Will denn der holländische Genosse aus diesen Gründen die Union möglichst als Losung wissen, die nie in Erfüllung gehen darf?

Der holländische Genosse kommt mit ganz alten radikalsozialdemokratischen Vorstellungen und möchte ganz schablonenhaft die Frage der Union lösen. Die KAP. geht zum Unterschied von der Sozialdemokratie von der II. und III. Internationale nicht davon aus, ob ihre Schlachtrufe die Arbeiter nur in Bewegung zu setzen, sondern davon, wie sich ihre Politik auf die Ideologie des Proletariats auswirkt. Sonst müßte sie sich im Kampf für die Republik betätigen, müßte sie sich an Volksentscheidrummel beteiligen usw. Die Union ist aber kein Schlachtruf. Sie könnte ein solcher sein, wenn die Arbeiter sie als Kampfmittel schaffen würden und die Bourgeoisie ihre Gründung nicht zulassen würde. Dann könnte die Union eine Kampflosung werden, wie das Koalitionsrecht. Heute ist die Gründung von Btriebsorganisationen kein Schlachtruf und kann auch keiner sein. Die Bewegungen gegen das Kapital entstehen heute unter anderen Losungen, die wir nicht immer, sogar selten als unsere betrachten können, die wir fast in der Regel als illusionär kritisieren müssen. Die Betriebsorganisationen entstehen als Kampfmittel. Sie werden und müssen ganz bewußt als solche von den Arbeitern geschaffen werden. Sie ist die neue Form des Klassenzusammenschlusses der Arbeiter und das Rückgat der Massenaktion. Die Zahl und die Stärke der Betriebsorganisationen wird auch kein Problem für die KAPD. sein, das hängt einzig und allein von dem revolutionären Bewußtsein des Proletariats ab. Die KAP. hat die Betriebsorganisationen als die neuen Formen der gegebenen Kampfbedingungen, als Klassenorganisation zu propagieren und den Arbeitern bei der Schaffung der Betriebsorganisationen behilflich zu sein. Nur so kann sie für die Entwicklung der revolutionären Ideologie ihr Teil beitragen und ist auch in der Lage, gegen opportunistische Entartungen zu kämpfen.

Wir verweisen auf die Ausführungen bezüglich der Aufgaben und Taktim der Union, auf das in der KAZ wiedergegebene Referat der Zentralausschußsitzung, sowie auf die Artikel Realpolitik und Revolution, die alleine die Grundlage für eine fruchtbare Diskussion zum Parteitag bilden können.

*) Der Gen. ist außerdem noch bezüglich seiner Auffassung über diese Frage im Irrtum. Wir müssen jedoch darauf verzichten, hier näher darauf einzugehen.

Heckert, der Phrasenheld

Am Dienstag, den 28. Februar, fanden in Berlin 3 öffentliche Versammlungen der KPD. statt, die zu den bevorstehenden Wirtschafts- und Streikkämpfen Stellung nehmen sollten. Demgemäß hatte man alles getan, um die Massen auf die Beine zu bringen. Die „Rote Fahne" machte drei Tage lang Propaganda. An den Plakatsäulen waren tagelang große schreiende Plakate. Als Referenten hatte man sich die „Kanonen", u. a. Heckert, M. d. R., verschrieben. Die Situation war günstig. Die Werkzeugmacher waren eben in den Streik getreten. Also alles dazu angetan, um die Massen in Bewegung zu setzen. Das Ergebnis: In Berlin-Moabit, im großen Saal des Gesellschaftshauses, statt der erwarteten Tausenden nur 2—300 Mann, die ein Viertel des Saales füllten. Der Saal dekoriert mit den Losungen der KPD. Referent Fritz Heckert, Minister a. D. und Gewerkschaftsstratege der KPD. Die wenigen Anwesenden hörten sich in gedrückter Stimmung seine langatmigen reformistischen Tiraden an. Sein Hauptsteckenpferd: der ADGB. „muß" und die SPD. will nach den Wahlen in die große Koalition. Verhindert dies und wählt alle KPD. Ueber den Verrat des DMV. bei dem mitteldeutschen Streik, die schmähliche Haltung im Kampf der Werkzeugmacher, über die Ursache des Versagens der Gewerkschaften konnte man kein Wort hören. Die Versammlung schlief entweder oder hörte nicht mehr auf den Referenten hin. Der Versammlungsleiter wollte infolgedessen auch sofort die Versammlung ohne Diskussion schließen, um die Blamage der KPD. nicht noch zu vergrößern. Die Genossen der KAPD. traten dem jedoch entgegen und ein KAPD.-Genosse ergriff das Wort und legte in dreiviertelstündigen Ausführungen die heutige Lage und die Aufgaben des Proletariats dar. Insbesondere wurde der Verrat der Gewerkschaften und die Henkerrolle der KPD. im Mitteldeutschen Streik behandelt, ihre Zutreiberdienste. Dann kam der Parlamentarismus an die Reihe. Bei der Erwähnung der sächsischen „Arbeiterregierung" und der ruhmlosen Ministertätigkeit des Heckert wußte er vor Verlegenheit nicht ein und aus, umsomehr, als die Versammlung mit der größten Stille und teils zustimmend dem Redner der KAPD. folgte. Gegen den Wahlschwindel setzen wir als KAPD. die Organisierung der Massenaktion, die im Betriebe geschmiedet wird und auch die einzige Möglichkeit bietet, um die Hungeroffensive des Unternehmertums zu brechen. Betriebsorganisationen sind der erste Schritt zur Massenaktion. Aktionsausschüsse an Stelle der gewerkschaftlichen Streikleitungen der nächste Schritt, um die Kämpfe in die eigene Hand zu nehmen.

Es sprach noch ein parteiloser Arbeiter, der in kurzen Ausführungen wohl am besten die Anschauungen vieler Anwesender zum Ausdruck brachte, indem er seine Worte schloß: Heraus aus den Gewerkschaften, den Bollwerken der Konterrevolution.

Im Schlußwort begnügte sich Heckert mit einigen Verlegenheitsphrasen. Wie: die Gewerkschaften sind auch Klassenorganisationen, denn in ihnen sind nur Arbeiter. Die Unorganisierten sind die „revolutionärsten" und die Union hat noch nichts geleistet. Einige Zwischenrufe brachten ihn jedoch fortwährend aus dem Konzept und er beendete seine Rede mit einigen faulen Witzen.

Die Versammlung war ein Erfolg für die KAPD. und ein voller Bankrott der KPD. Die Moabiter Arbeiter werden in immer stärkerem Maße von unserem revolutionären Gedanken durchdrungen. Der nächste Schritt muß sein, daß sie sich jetzt der KAPD. und der Allgemeinen Arbeiter-Union anschließen.

Organisatorische Mitteilungen

Mitteilung des GHA.

Genossen! Wir ersuchen die einzelnen Ortsgruppen, sämtliche Pressefonds-Listen der „KAZ." sofort einzusenden.

Groß-Berlin.

Achtung! Parteigenossen!

Die erweiterten Bezirksmitgliederversammlungen finden diesmal schon am **Donnerstag, den 8. März, abends 8 Uhr**, statt und tagen:

5. u. 17. Bezirk: Piekenhagen, Lichtenberg, Scharnweberstraße 60.

3. u. 4. Bezirk: Lokal „Weiße Taube, Berlin N, Schul-, Ecke Prinz-Eugenstr.

7. u. 11. Bezirk: Lokal Josefowitz, Charlottenburg, Calvinstraße 7.

6., 13. und 14. Bezirk: Lokal Schwarzkopf, Neukölln, Pontanestraße 26.

Thema in allen Versammlungen:

Bericht von der Funktionärversammlung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Genossen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N, Hagenauerstr. 12. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 19

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 8. März 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Vorkriegszeit und ihre sich immer bewußter herausschälende Abkehr von den Prinzipien des Klassenkampfes wird der jetzigen Generation in seltener Klarheit durch die soeben erfolgte Zusammenstellung der Aufsätze von Rosa Luxemburg im IV. Bande der Gesamtausgabe „Gewerkschaftskampf und Massenstreik" vor Augen geführt. R. L. hat während ihrer ganzen revolutionären Tätigkeit einen heißen Kampf gegen den mit der wirtschaftlichen Prosperität steigenden Reformismus in den Gewerkschaften geführt. Ihr Ziel war die Revolutionierung der Gewerkschaften. Sie wollte sie zu einem Instrument des Klassenkampfes machen. Deshalb übte sie auch eine außerordentlich scharfe Kritik an der Taktik der Gewerkschaften, eine Kritik, die ihr sogar den Ruf einer Feindin der Gewerkschaften eintrug.

Die Stellung der Gewerkschaften im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse bezeichnet sie „als die organisierte Defensive der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft". Die Abwehr dürfe aber nicht um ihrer selbst willen geführt werden, sondern müsse im Zusammenhang mit dem Endziel der Aufrichtung der kommunistischen Wirtschaft erfolgen. Als Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterschaft, wie sie in der kapitalistischen Wirtschaft begründet sei, leisten die Gewerkschaften objektiv Sisyphusarbeit. Daß diese Arbeit geleistet werden müsse, weil sonst das Kapital dem einzelnen Arbeiter nicht einmal die ihm zufallende Lohnrate zahlen würde, begründe die Notwendigkeit, den Kampf für eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu führen. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften auf Grund der durch die kapitalistische Wirtschaft mit ihrem parlamentarischen Vertretungssystem geschaffenen Trennung der politischen von den wirtschaftlichen Institutionen den wirtschaftlichen Kampf sozusagen zudiktiert erhalten, entbinde sie keineswegs von der Verpflichtung, auch den politischen Kampf zu führen. Gerade die marxistische Erkenntnis von der Einheit des politischen und ökonomischen Kampfes zwinge auch zu einer einheitlichen Kampftaktik. R. L. verlangt eine Verschmelzung von reformistischer und revolutionärer Arbeit. In diesem Zusammenhang kommt sie zu der Theorie von der parallelen Aktion der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und der Gleichberechtigung beider Organisationen. Die Partei ist für sie „die Zusammenfassung sowohl des parlamentarischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes in einem auf die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gerichteten Klassenkampf". Aus dieser Einstellung folgert sie die Notwendigkeit der Vormachtstellung der Partei über die Gewerkschaften, also die Umkehrung des bisherigen Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft.

Im Gegensatz zu dieser Forderung von Rosa Luxemburg standen die tatsächlichen Verhältnisse. Die Gewerkschaften rissen immer mehr die Führung innerhalb der Arbeiterbewegung an sich. Dies kam auch äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich gegenüber der Sozialdemokratie nicht binden wollten, sondern sich auf den Boden einer Neutralität gegenüber den politischen Parteien zu stellen suchten. Die Gewerkschaften rückten damit ganz konsequent von der von R. L. aufgestellten Forderung, einer Verbindung zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Kampf in der Richtung des Endziels, ab.

Der Ausgangspunkt der Ansicht von R. L. über die Wirkung des gewerkschaftlichen Kampfes ist in einer Artikelreihe „Die kapitalistische Entwicklung und die Arbeitervereinigungen" niedergelegt. Nach ihrer Ansicht hat er „zugleich mit der materiellen Hebung auch eine geistige Wiedergeburt der Arbeiterschaft herbeigeführt und zur Entwicklung des Klassenbewußtseins geführt". Sie geht dabei sogar so weit, daß sie die Gewerkschaften als die einzigen Kräfte bezeichnet, welche dazu überhaupt in der Lage sind. Sie schreibt ihnen allerdings nicht, im Gegensatz zu den Reformisten, die Fähigkeit zu, die Tendenz der relativen Verelendung der Arbeiterklasse „zu überbrücken. Im Gegenteil, sie wendet sich dagegen, daß es für die Gewerkschaften überhaupt möglich ist, den Profit zugunsten des Arbeitslohnes allmählich zu verkürzen und auf diese Weise die kapitalistische Wirtschaftsordnung langsam aufzuheben. Vielmehr erblickt sie die Aufgabe der Gewerkschaften darin, „den aktiven Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Wirtschaft einzuleiten, und durch die Tatsache ihres Daseins den materiellen Boden für den sozialistischen Befreiungskampf des Proletariats zu bereiten. Für sie sind es die Unternehmer, die den gewerkschaftlichen Kampf „je weiter je mehr zur unaufhörlichen Machtprobe gestalten".

Die Rolle, die R. L. den Gewerkschaften zuschreibt, wird durch ihre Ansicht von der Rolle des Massenstreiks als Auftakt zur Revolution gekrönt. Sie sieht im Generalstreik die Möglichkeit des Umschlages von der Evolution in die Revolution. Sie ist dabei allerdings der Ansicht, daß es falsch ist, starke Organisationen als Voraussetzung für den Kampf schon fix und fertig zu haben. „Die Organisation wird auch umgekehrt im Kampf selbst geboren. Der Massenstreik ist für sie ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung und kann nicht kommandiert werden. Aufgabe der Partei sei es, die politische Leitung bei derartigen Massenstreiks zu übernehmen. Für sie ist der Massenstreik die mächtigste Waffe des politischen Kampfes in politischer Richtung. Trotzdem ist ihr Ideengang doch der, daß die Erziehung in den Gewerkschaften und der Kampf selbst das Fundament für den Gebrauch der Waffe des Massenstreiks bilden. Sie definiert ihn auch als „den Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehntelangen Periode des Klassenkampfes". Gerade in dem unaufhörlichen ökonomischen Kriegszustand erblickt sie das ständige frische Reservoir der proletarischen Klassenkraft, aus dem der politische Kampf immer von neuem seine Macht hervorholt." Die Wechselwirkung zwischen ökonomischem und politischem und politischem und ökonomischem Kampf ist der Kampfboden, der in die Einheit des Massenstreiks mündet.

R. L. sieht in den Gewerkschaften die einzig möglichen und die einzigen Träger des ökonomischen Kampfes, weil sich in ihnen die wirtschaftliche Macht der Arbeiter zusammenballt. Sie glaubt, daß sich der ökonomische Kampf in einen politischen Kampf, verbunden mit dem Endziel, auswirken müsse. Trotzdem ist sie nicht blind gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten, die sich aus den Neutralitätsbestrebungen ergeben. Sie hofft aber, daß der deutsche Polizeistaat durch dauernde Attentate auf die Gewerkschaften dafür sorgen würde, „ihnen den Klassenkampfcharakter einzupauken".

Im Zusammenhang mit dem durch das weitere Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung verbundenen ökonomischen Aufstieg der Gewerkschaften weist sie auf eine Bemerkung des Pfarrers Naumann hin, daß „durch die Aufhäufung von großen, aus Arbeitergroschen mühsam zusammengebrachten Geldmitteln das Verantworetlichkeitsgefühl der leitenden Personen in den Gewerkschaften wachse und die Streiklust sogar bei den Organisationen selbst in dem Maße abnehme, je größere Mittel sie bei einem Kampf zu riskieren hätten. Naumann empfahl daher, die Gewerkschaften dem Schutze einer staatserhaltenden, staatsmännischen Gesetzgebung, um ihre organische Verkettung zu fördern und die also zu staatstreuen, gezähmten Organisationen für seine national-sozialen Zukunftsprojekte verwerten zu können". Gegenüber diesen Tendenzen hofft R. L. lediglich auf den Geist der guten alten Traditionen.

Die geschichtliche Entwicklung hat aber bewiesen, daß die Prophezeiung des Pfarrers Naumann auf einer richtigen Einschätzung der Gewerkschaftsgeschichte beruhte. Die ökonomische Erstarkung der Gewerkschaften führte im Endeffekt zu ihrer kapitalistischen Einreihung und schließlich zur Gründung von Arbeiterbanken. Die Aussicht auf die staatliche Unterstützung und die „billigere" Schiedsgerichtspraxis ließ den Streik nur als äußerstes Mittel zu, dessen Wirtschaftlichkeit den Ausschlag gibt. Das Proletariat hat den politischen Kampf zum gewerkschaftlichen Tageskampf degradiert, ohne daß das Endziel noch irgendeine Rolle spielt. Der Tarifvertrag als „Stück Sozialismus" ist ein gutes Ruhekissen geworden. „Machtteilung" statt Machteroberung ist das Ziel der Gewerkschaften geworden. Sie suchen den „Staat" zu erobern und denken gar nicht daran, den „Staat" zu stürzen, der ihnen „feste" Positionen eingeräumt hat. Die Sozialdemokratie ist

Das übliche Ende

Auch der Streik der Berliner Werkzeugmacher steht vor dem Ende. Am 7. März tagt die Schlichterkammer, die vom Reichsarbeitsminister einberufen wurde. Selbst wenn ihr „Spruch" von den Gewerkschaften nicht genehmigt wird, ist mit der Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister heute oder morgen doch alles erledigt.

Die Gewerkschaften sind schon dabei, alles gut vorzubereiten. Die Werkzeugmacher kämpften insbesondere gegen den Akkord, der gerade in der Werkzeugmacherbranche mit ihren vielfältigen und verwickelten Verrichtungen ein Unding ist. Wie die „Rote Fahne" vom Dienstag mitteilt, ist aber in den Geheimverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmer- und der staatlichen Bürokratie, die dem offiziellen Knalleffekt vorausgehen und ständig andauern, diese Forderung bereits preisgegeben worden.

Im übrigen ist das Spiel das ewig alte. Die Unternehmer drohen wie in den letzten Wochen und Monaten bei jedem, auch dem geringsten Anlaß mit der Aussperrung von Hunderttausenden von Arbeitern. Die Firma Siemens und Halske sperrt auch gleich einige Zehntausende aus, damit die Arbeiter erkennen, daß es mit dem Klassenbewußtsein der Unternehmer ernst ist. Die Gewerkschaften, die auch sonst ängstlich bemüht sind, jeden Kampf zu lokalisieren, teilen diesmal die „Lokalisierung" durch vier, d. h. sie ziehen nur den vierten Teil der Berliner Werkzeugmacher in den Streik. Dreiviertel arbeiten ruhig weiter, leisten also unter Führung und Anleitung der Gewerkschaften gemeinste Streikbrecherarbeit; was von den bestreikten Firmen auch ausgenützt wird, indem sie ihre Aufträge von den nicht bestreikten Firmen ausführen lassen.

Man kommt aus dem Staunen nicht heraus; zumal, wenn man bedenkt, daß die Berliner Werkzeugmacher schon vor einigen Wochen zur Zeit des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes streiken wollten, von den Gewerkschaften aber dahingehend beruhigt wurden, daß man den Unternehmern nicht den Vorwand zur Aussperrung geben dürfe. Nun ist es doch so weit. Der mitteldeutsche Streik ist längst abgewürgt, und die Gewerkschaften haben einen Grund mehr, erneut zu kapitulieren.

Die KPD. aber steht am Wege und flennt ihr altes Lied: Der ADGB. muß. Der ADGB. wird der KPD. etwas husten. Daneben erheben die Zellenbauer ein großes Geschrei, es müßten „Kampfbündnisse" der verschiedenen Arbeiterkategorien wie Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. geschlossen werden. Ganz abgesehen aber von der Unzulänglichkeit einer solchen Losung — denn die Arbeiter müssen durch Aufrichtung der Front der Gesamtklasse den Branchengeist selbst solcher „Kampfbündnisse" weit hinter sich lassen — zeigt die Tatsache, daß die KPD. auch diese Aufgabe den Gewerkschaften zuschiebt, daß sie ihre Getreuen auch hierbei blufft und als getreue Amanullah- und Granatenpartei froh ist, wenn innerhalb der Grenzen von Kapital, Thron und Altar alles beim alten bleibt.

Die traurigste Rolle bei all dem spielen die Arbeiter selbst, die den Gewerkschaftscharlatanen und den parlamentarischen Parteien noch nachlaufen, sie mit ihren sauren Groschen unterstützen und sich demnächst am Wahlrummel berauschen werden.

Wir sagen den Arbeitern: Wenn sich die Arbeiterklasse nicht selber hilft, wenn sie sich nicht gegen die Kapitalisten und deren Staat in der revolutionären, proletarischen Klassenfront zusammenfindet, d. h. ihre Betriebsorganisationen schmiedet und sie in der Allgemeinen Arbeiter-Union vereinigt, so kann ihr nicht geholfen werden. Dazu gehört, daß sie die Gewerkschafts- und Parlamentsstrategen gar nicht erst an die Spitze der Kämpfe läßt, sondern die Führung jenen revolutionären Aktionsausschüssen überträgt, die nur der Arbeitermasse selbst verantwortlich sind, von dieser gewählt werden und von ihr abberufen werden können.

Ein Haupterfordernis aber ist, daß die so geführten Kämpfe nicht unter reformistischen Schein- und Teillosungen versacken, sondern um jenes revolutionären Zieles willen zu Ende geführt werden, der der Arbeiterschaft allein ein menschenwürdiges Leben verbürgt.

Der Reformismus ist tot. Er kann der Arbeiterschaft nichts mehr geben, wie jeder Schiedsspruch erneut beweist. Auf der Tagesordnung steht der revolutionäre Kampf. Erst wenn die Bourgeoisie gestürzt und die proletarische Diktatur errichtet ist, werden die Sklavenketten fallen.

deshalb die Partei der Gewerkschaften geworden, weil sie aus der Sphäre des Klassenkampfes in die der Sozialreform der politischen „Neutralität" abgerückt ist. Die Gewerkschaften haben der Partei diktiert und die Partei ist zur parlamentarischen Vertreterin der Gewerkschaften geworden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Evolution und Revolution sich wie Feuer und Wasser scheiden.

Deshalb ist auch jeder Versuch der Revolutionierung der Gewerkschaften zum Tode verurteilt. Die Gewerkschaften sind die Totengräber jeder revolutionären Bewegung. Deshalb ist auch die KPD. zu den Gewerkschaften zurückgekehrt, als sie ihre revolutionäre Vergangenheit begraben wollte. Die historische Entwicklung hat R. L. in dieser Beziehung widerlegt. Es ist sinnlos, das alte Experiment von neuem zu beginnen. R. L. hat sich zu sehr auf den preußischen Polizeistaat und die guten alten Traditionen verlassen. Beide sind schlechte revolutionäre Eideshelfer. Nur die reine revolutionäre Organisation, wie sie die KAPD. in der AAU. geschaffen hat, kann die revolutionäre Bewegung wachhalten.

Politische Rundschau

Demokratie, wohin wir blicken

Der Hauptausschuß des Reichstages hat den Beschluß gefaßt, von der Reichsregierung die sofortige Vorlegung des Berichtes des Reichssparkommissars über die Phoebus-Affäre zu verlangen. Daraufhin ist das Reichskabinett zusammengetreten. Es hat die Mitteilung des Phoebusberichtes an den Hauptausschuß abgelehnt. In einer Besprechung, die nach der Kabinettssitzung stattfand, wurde angekündigt, daß Reichskanzler Dr. Marx im Laufe der nächsten Woche den Fraktionsvorsitzenden nur vertrauliche Mitteilungen aus dem Bericht des Reichssparkommissars machen wolle. **Die Regierung lege Wert darauf, daß der Bericht nicht zur Veröffentlichung komme.** Obwohl der Hauptausschuß des Reichstages mit Stimmenmehrheit den Bericht fordert, lehnt die Regierung eine Berichterstattung ab. Die Verpulverung von 30 Millionen Reichsmark geht eben ebensowenig den „Uneingeweihten" etwas an, wie die Granatengeschäfte mit Rußland. Was die Regierer verantworten, darüber brauchen sich eben die Untertanen nicht den Kopf zerbrechen. Die Hauptsache ist, das Proletariat kämpft weiter für die — Demokratie.

Die „Tat" des Kleinbürgers

Mit der Höllenmaschine im Reichsentschädigungsamt.

Der Kaufmann Heinrich Langkopp marschiert schnurstracks in das Zimmer des Vizepräsidenten des Reichsentschädigungsamtes, zu einer Zeit, zu der das Vorzimmer leer war, und forderte die sofortige Auszahlung einer Entschädigung in der Höhe von 120 000 Mark als Entschädigung für seinen beim Verlust von Deutsch-Ostafrika verlorenen Besitz, widrigenfalls er einen Koffer mit Sprengstoffen zur Explosion bringen werde. Er stellte mit diesen Worten einen Aluminiumtropenkoffer auf einen Schreibtisch. Besagter Vizepräsident, ein gewisser Dr. Bach, versuchte zu unterhandeln, da er hoffte, daß inzwischen einer der Beamten das Zimmer betreten werde. Da aber niemand kam, **saßen sich** Dr. Bach und Langkopp **länger als drei Stunden gegenüber.** Bach mußte sich schließlich dazu verstehen, Langkopp eine Zahlungsanweisung auf 12 000 Mark und einen Scheck auf 9000 Mark aufzuschreiben.

Langkopp rief hierauf, ohne den gefährlichen Koffer aus der Hand zu lassen, einen Bekannten durch den Fernsprecher herbei, der ebenfalls unbemerkt eintrat und den Scheck in Empfang nahm. Er bemühte sich sodann eine Stunde lang, den Scheck durch eine Bank honoriert zu erhalten, hatte aber keinen Erfolg, da er nicht ordnungsgemäß ausgestellt war. Als Bach erklärte, er wolle bei der Kasse des Amtes Geld holen, und das Zimmer zu verlassen versuchte, gab Langkopp aus einem Browningrevolver fünf Schüsse ab, von denen aber keiner traf, da Langkopp anscheinend absichtlich nach der Decke gezielt hatte. Gleichzeitig hatte er den Koffer fallen lassen und es gab einen kurzen Knall. Durch einen Zufall war anscheinend die Sprengladung nicht zur Explosion gekommen. Langkopp wurde vom herbeigerufenen Ueberfallkommando festgenommen.

Der Rebell mit der versagenden Höllenmaschine, der 22 Jahre in Deutsch-Ostafrika war, und zuletzt als braver Soldat Lettow-Vorbeck unterstand, könnte imponieren, wenn er begreifen würde, daß der moderne Kapitalismus mit Wildwestromantikern auch dann fertig wird, wenn sie auf ihre Art die Repräsentanten ihres Vaterlandes vorübergehend nach Herzenslust lächerlich machen und ihnen den Angstschweiß auf die vaterländische Heldenstirn zaubern. Aber das begreift ein ehrlicher Hakenkreuzler nicht. Die Folge ist, daß von nun an besagtes Reichsentschädigungsamt mit der genügenden Anzahl bewaffneter Vaterlandsverteidiger belagert, und den bestohlenen Auslandsdeutschen von diesen bedeutet wird, daß gewöhnliche Sterbliche dort drin persönlich nichts mehr zu suchen haben. Der Held selbst sitzt im Kasten und kann nun darüber nachdenken, wie heldenhaft der Kampf gegen den „inneren Feind" ist, das Proletariat, das um kein „verlorenes Vermögen", sondern gegen ein System kämpft, das täglich Tausende friedlich umbringt.

Die Ruthenen als Zellenbauer

Die erste Pleite.

Die Ruth Fischer, Urbahns, Scholem und Konsorten haben bekanntlich ein kleines Königreich errichtet. Ist's auch weit hinter den Bergen bei den sieben Zwergen à la Guido Heym und Gefolge, so ist's doch immer besser als gar kein Königreich.

Nun sollte in Suhl eine erste Probe bestanden werden. Getreu ihrer Ekkiparole: „Hinein in die freien Gewerkschaften" schickten sich die Heyme von Suhl an, den Deutschen Metallarbeiter-Verband in ihrem Oertchen, der noch in den Händen der ††† Stalinisten ist, zu „erobern" — und erlitten eine tüchtige Niederlage.

Die Stalinisten siegten mit Zweidrittel-Majorität. Darob ist der Suhler Volkswille ganz aus dem Häuschen. Uns ist es seit langem klar: Wer sich auf den Sumpfboden der Gewerkschaften begibt, kommt darin um. Die Stalinisten und die Sozialdemokraten sind eben die besseren Reformisten, die sie im Vergleich mit den orthodoxen Leninbündlern auf die revolutionäre Phrase verzichten und daher wird das Gewerkschafts-Publikum, das auf den Reformismus dressiert ist, wie der Hund auf den Mann, diesen altbewährten Führern länger treu bleiben.

Aber noch eine zweite Ueberraschung steht den Ruthenen bevor. Sie schwören als echte „Leninisten" zum Parlament und Genuß der Diäten. Sie werden also bei den kommenden Wahlen auch eine Liste aufstellen. Und hier wird sich dasselbe zeigen; denn auch im Parlaments„kampf" haben die echten Sozialdemokraten vom Schlage Noskes und Stalins vor den Baumwollenen um Maslow das Prä. Um ein paar Durchfallskandidaten ist es allerdings nicht schade. Blamiert sich doch jeder sogut er kann. Etwas anderes ist es mit den Proleten, die solchem Fasching noch nachtrotten. Diese werden, soweit sie noch zu retten sind, hoffentlich nach einigen „strategischen" „Siegen" à la Suhl begreifen, daß Parlamentarismus und Gewerkschaftstaktik ihre eigene Logik haben auch da, wo diese Logik bei den Menschen fehlt.

Eine Glanzleistung der Orthodoxen

Sie bespucken ihre eigenen Genossen in der Verbannung.

Die Fraktion der linken Leninisten hat in letzter Zeit so allerhand ausgefressen, was nur ein völlig leninistisch vergifteter Kadaver verdauen kann. Wir erinnern nur an die lächerliche Posse, daß sie sich in der Verteidigung des russischen Vaterlandes nicht übertreffen lassen wollen — in dem nach eigenen Angaben jeder revolutionärer Arbeiter durch Spitzel und Polizei unschädlich gemacht wird. Den Vogel schießt diese Fraktion des übergekochten Leninismus jedoch in ihrem „Volkswillen" vom 3. März ab. Sie druckt **ohne Kommentar** einen Aufruf der IRH. anläßlich des „Zehnjährigen Bestehens der Roten Armee" ab, das zum Schluß besagt:

„Der 10. Jahrestag der Roten Armee der Sowjetunion wird gegenwärtig von den Arbeitern und Bauern aller Länder gefeiert. Es wird von den Kämpfern der Revolution, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Bourgeoisie schmachten und von den Tausenden Arbeiterinnen und Proletarierkindern, deren Männer und Väter im Kampfe für die Befreiung der Werktätigen gefallen sind, gefeiert.

Die Rote Armee ist die einzige der Welt, in der die IRH. straflos aktive Mitglieder haben kann und ihre Ecken errichten kann. Sie gedenkt der Kämpfer und Märtyrer in den Ländern des Kapitals. Die Rote Armee ist die Armee aller Unterdrückten, aller im Kampfe Gefallenen und in den Kasematten Schmachtenden, aller, die für ihre Befreiung kämpfen.

Es lebe die Befreiung aller Gefangenen der Bourgeoisie!

Es lebe die Rote Armee der Arbeiter- und Bauernkommune, die Beschützerin aller Verfolgten und Unterdrückten.

Die Exekutive der IRH."

Die „Unterdrückten" und „Verfolgten" sind natürlich die russische Staatsbürokratie, die russischen Kulacki und die Nep-Bourgeoisie. Die „Unterdrücker" sind die russische Opposition und das anklagende revolutionäre Proletariat. Die „Rote Armee" tut ihre Pflicht, und befreit die „Unterdrückten", indem sie die „Unterdrücker" nach Sibirien befördert! — Ekelhafte, verlogene, korrumpierte Bande, diese Orthodoxen!

Renegatenmut

Die Gewerkschaftspresse verfährt offensichtlich nach der Methode, bei dem täglich klarer zutage tretenden Bankrott der Gewerkschaften den Versuch zu unternehmen, die stutzig werdenden Proleten durch geheuchelte Naivität zu „überzeugen". Nicht anders zum Beispiel kann folgendes geradezu klassische Bonzenlatein aufgefaßt werden, mit dem die Bergarbeiterzeitung, Nr. 9, die ganze erste Seite füllt:

„Die Tätigkeit des Schlichters und des Reichsarbeitsministers wird in Zukunft nicht mehr bestimmt werden können durch das Verhältnis zwischen Lohn- und Preisindex, sondern immer mehr abhängig sein von der Macht, die die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Wagschale zu werfen haben. **Wie sehr die Schlichtungsbehörde immer mehr unter den Druck dieser Entwicklung gerät, beweisen am besten die verschiedenen großen Arbeitskämpfe in den letzten Monaten.** Wo wirklicher Kampfwille besteht und sich in einer stark organisierten Berufsgruppe äußert, da kann kein Minister auf die Dauer nach Willkür entscheiden. Wo er es versuchen würde, da müßte er und seine Trabanten in einem parlamentarisch-demokratisch regierten Staate mit freiem, gleichem und geheimem Wahlrecht gar bald von der Bildfläche verschwinden. **Die Arbeiterschaft müßte solche Diktatoren entweder zum Teufel jagen oder — sie müßten sich wie Heloten freiwillig in ihr Schicksal fügen.**"

Man verzeihe, wenn wir ob solcher Sprache nicht die richtigen Worte finden, und man verzeihe weiter, wenn wir über eine an sich verteufelt ernste Angelegenheit uns einmal nach Herzenslust auslachen. Vielleicht kommt es aber bald dahin, daß die „Heloten" sich nicht mehr für den Wahlkarneval einspannen lassen, wenn sie hungrig sind und wirklich Miene machen, die Diktatoren zum Teufel zu jagen. Dann wird die Meute — die in den letzten Schiedssprüchen schon wieder vor lauter Sozialismus keine Not mehr sieht — den Männern der „Freiheit", den Noske, Hörsing, Wels zujubeln, die den „Heloten" den Sozialismus, wie sie ihn auffassen" einbläuen. Daß sie heute noch dem Proletariat gegenüber diese Sprache wagen, zeigt, wie fest sie auf die Massendummheit bauen.

Auf dem Rückmarsch

„Kommunismus oder Untergang in die Barbarei", das war die Losung, die an der Wiege des modernen Proletariats stand. Wie der rationalisierte Kapitalismus sich heute anschickt, die Gesellschaft den Weg in die Barbarei zu führen, wie diese Prophezeiung kühnen, vorausschauenden Menschengeistes reale Gestalt anzunehmen droht, das zeigt eine Pressenotiz über England. In diesem Musterlande des Kapitalismus nähert sich seit einigen Jahren die Geburtenziffer so sehr derjenigen der Todesfälle, daß von der Gefahr eines Rassenselbstmordes die Rede ist. Allein auf Grund des bisherigen Rückganges der Geburtenziffer wird es schon innerhalb vier Jahren in England zwei Millionen Arbeiter weniger geben als heute. Der Mangel an jugendlichen Arbeitern, der sich schon jetzt fühlbar macht, wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen und die Zahl der beschäftigten Jugendlichen wird bis 1933 um weitere 20 Prozent zurückgegangen sein. — Aehnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, liegen die Verhältnisse bei allen anderen weißen Völkern.

Das bürgerliche Blatt führt diese Tatsachen zurück auf die Wohnungsnot, auf die Vermännlichung der Frau durch ihre Heranziehung ins öffentliche Leben, auf das Uebergreifen der Verwilderung der Sitten auf die Frau, in einem Maße, das die Prostitution überflüssig macht, indem Frauen aller Klassen so entgegenkommend sind, daß für den uralten Beruf kein Platz mehr ist, und in Verbindung damit auf das Vordringen der Lehre von der Verhinderung der Geburten, wie sie seit Jahrzehnten von der gebildeteren Klasse geübt wird, in die breite Masse des Volkes.

Das revolutionäre Proletariat weiß, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt heute aus anderen Gründen die Kontrolle der Geburten auszuüben gezwungen ist, als es die Bourgeoisie, besorgt um die Teilung ihres Erbes, von jeher getan hat. Ohne jede Regulierung der Nachkommenschaft, die ihm übrigens nur in ganz unzulänglicher Weise zugänglich ist, wäre es zweifellos noch schlechter um das Proletariat bestellt, als dies heute der Fall ist. Und ein Sensationsprozeß der letzten Zeit, der noch in aller Erinnerung ist, hat deutlich aufgezeigt, welche Kreise der Bevölkerung den Rekord in der „Verwilderung der Sitten" davontragen. Die bürgerliche Ordnung ist in der Auflösung begriffen. Das Proletariat aber muß den Ernst der Stunde erkennen und zum Angriff auf die verfaulende alte Gesellschaft übergehen, ehe es mit in den Abgrund gerissen wird.

Aus der Partei

Der Parteitag der KAPD.

Der Parteitag der KAPD. ist nicht — wie der der übrigen Parteien — ein Stelldichein von Parteigläubigen, die eine Tradition hindert, über die Schranken eben dieser Tradition hinauszusehen. Der Parteitag der KAPD. muß sich ernsthaft befassen **mit der Krise der Arbeiterbewegung**, denn diese Krise ist nicht das Werk von bösen Menschen, sondern die Krise der Arbeiterbewegung spiegelt in ihren einzelnen Formen die Krise des gesamten kapitalistischen Gesellschaftszustandes wieder. Alle Parteien und Organisationen, deren Wurzeln in einer vergangenen, überwundenen Epoche liegen, setzen sich zum Ziel die durch die ökonomischen Umwälzungen und Erschütterungen unhaltbar gewordenen Formen der Arbeiterbewegung zu stabilisieren. Sie sind ihrem Wesen nach reaktionär, und ihre „Erfolge" sind — selbst wenn sie in dem dialektischen Prozeß vorübergehend eintreten — keine Erfolge für das kämpfende Proletariat, sondern das Gegenteil. Der Parteitag der KAPD. kann daher nicht die Aufgabe haben, bestehenden Parolen andere Parolen entgegenzusetzen, und unter „neuen Parolen" einen Teil von Proletariern sammeln, lediglich um der Organisation willen. Die Aufgabe des Parteitages im besonderen — und die Aufgabe der Partei im allgemeinen — besteht vielmehr darin, einmal aus dem Verlauf der Entwicklung heraus die Plattform zu schaffen, auf der das Proletariat unter veränderten Umständen und Bedingungen den Kampf fortführen kann, und zum anderen auch zu zeigen, daß sowohl die Methoden des Kampfes, als auch das anzustrebende Ziel bezüglich der Notwendigkeit des unmittelbaren Kampfes um dieses Ziel abhängen von dem Stand der kapitalistischen Entwicklung, der weiteren Tedenz dieser Entwicklung und der daraus resultierenden Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Nur indem die KAPD. aus der gegebenen Wirklichkeit heraus dem Proletariat die Lage verdeutlicht und den Weg zeigt, den das Proletariat als kämpfende Klasse gehen muß, erfüllt sie ihre Pflicht. Und nur wenn das Proletariat in seinem Klasseninteresse diesen Weg geht, kann die Partei von Erfolgen sprechen. Die Kommunisten haben keine vom Proletariat getrennten Interessen, dieser marxistische Satz charakterisiert gerade in der heutigen Situation mit aller Schärfe den Unterschied zwischen der KAPD. und den anderen parlamentarisch-gewerkschaftlichen „Arbeiterparteien".

Das ist wohl an sich nichts neues, aber die Jahre, die hinter uns liegen, legen Zeugnis davon ab, daß es dennoch ein Fortschritt ist, wenn durch den Parteitag die zur KAPD. gehörenden Arbeiter diese Tatsachen in ihren Einzelheiten und ihrer Konkretheit begreifen und wenn alle Schritte der Partei von der tiefen Einsicht in diese Notwendigkeit sorgfältig abgeleitet werden.

Das dem nicht immer so war, hat seine natürlichen Gründe. Die gesamte Konterrevolution einschließlich der Amsterdam-Moskauer Einheitsfront, richtete von dem Augenblick an, als ein kleiner Teil von Proletariern die alten Formen der Arbeiterbewegung einer Kritik unterwarf um praktische Schlußfolgerungen für den Kampf daraus zu ziehen, ihr Feuer gegen die in der KAPD. organisierten Proletarier. Die Zerstörung der großen antigewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland — die Unionsbewegungen unter Moskauer Führung — war nicht nur ein organisatorischer und ideeller Schlag gegen die ideologische Entwicklung, sondern damit verbunden war auch eine gewollte und erreichte Diskreditierung der revolutionären Bewegung selbst. Heute steht Moskau vor den Toren Amsterdams, und parteipolitisch ist die KPD. und die sonstigen Sektionen bei dem Ministerialismus der Arbeiter- und Bauernregierung gelandet. Die Krise in der III. Internationale selbst — eine Folge ihrer reaktionären Politik — gibt der Sozialdemokratie weitere Scheinargumente gegen die revolutionäre Bewegung. Nur so ist es überhaupt zu verstehen, daß die Gewerkschaften und die mit ihnen verschwägerte und versippte Sozialdemokratie den proletarischen Riesen, der von der Kapitalsoffensive wie eine Zitrone ausgepreßt wird, auf dem Teppich der schwarz-rot-goldenen Demokratie tanzen läßt, wenn er sich aufbäumt.

Aber das alles sind objektive Faktoren und Zusammenhänge, die zum großen Teil wieder paralisiert werden durch die Unvermeidlichkeit der weiteren Entwicklung selbst. Die für uns brennendste Frage ist, ob hier die subjektiven Kräfte, in diesem Falle die revolutionären Arbeiter in der KAP. selbst in der Richtung wirken, die einen größtmöglichsten Erfolg im positiven Sinne zeitigt, oder ob auch hier Faktoren eine Rolle spielen, die die Arbeiter, die schon den halben Schritt taten, wieder abschrecken und so die revolutionäre Bewegung anstatt zum Geburtshelfer revolutionärer Energien, zum Hindernis wird.

Ein Blick auf die vergangene Entwicklung zeigt, daß die revolutionäre Bewegung sich ebenfalls nur — auch das ist erklärlich — krisenhaft entwickeln konnte. Die verschiedenen Ableger der „Einheitsorganisationen" nebst dem „Spartakus" Nr. 2 sind Beweise dafür, wie man objektive Schwierigkeiten meistern wollte durch Parolen, Tricks, Totenbeschwörungen. Man vergaß, daß die Klasse der Proletarier sich kämpfend umwandelt und kämpfend siegt. Daß also der Kampf des Proletariats an sich, und sei er noch so tief in Illusionen verstrickt, nicht ohne weiteres Reformismus ist, sondern daß der Reformismus das Bestreben der „Arbeiterorganisationen" ist, diesem Kampf in den Grenzen der kapitalistischen Ordnung zu halten. Das Ende der „Radikalen" mußte sein, den Schlaf der Gerechten bis dahin, wo alle Voraussetzungen schon geschaffen sind und der letzte Akt über die Bühne rollt, als „Programm" zu erheben. So haben sich jene syndikalistischen Sumpfpflanzen wohl ihr eigen Grab gegraben, aber jene Gewächse — zu denen auch die „Essener Richtung" gehört — haben der revolutionären Bewegung insofern Bärendienste geleistet, als sie sie von der „linken" Seite ungeheuer diskreditierten. Die Partei wird nur vorwärts kommen, wenn sie diese Epoche richtig analysiert und die letzten Reste überwindet.

Das kann nicht geschehen durch Bekenntnisse zur KAPD., sondern nur durch richtige Erkenntnisse von den Aufgaben der Partei, den Aufgaben der AAU., und dem sich daraus ergebendem Verhältnis der beiden Organisationen zu einander. Hier liegen in Wirklichkeit alle Quellen der Differenzen seit Bestehen der KAPD. Man kann diese Differenzen nur beseitigen, wenn man ihre Ursache beseitigt.

Ist dies der Fall, werden alle gefühlsmäßigen Reaktionen leichter auf ihre wirkliche Bedeutung geprüft, und verhindert werden können, daß die Angst um das Prinzip sich ein „Prinzip" ausmalt, daß keines mehr ist, und daß in dieser Angst Teile der revolutionären Bewegung zum Prinzip erheben, die Wohnung abbrennen, weil dort angeblich eine Wanze war. Wir wollen sagen: Die Rolle der Partei ist noch einer der Punkte, über die Klarheit herschen muß, wollten wir vorwärts kommen. Die Partei ist die kostbarste Waffe des Proletariats, unumgängliche Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse. Wer ohne zwingenden Grund die Axt an die Wurzel der Partei legt, — der richtet sich von selbst.

Die Organisationsdisziplin ist nicht deswegen schlecht, weil sie in anderen Organisationen mißbraucht wird, ebenso wenig, wie die Organisation selbst. Die Spaltungen der alten Organisationen berechtigen nicht zu jenem „revolutionären" Leichtsinn, die Zerschlagung der Partei ohne zwingenden Grund zu versuchen. Die revolutionäre Partei muß ein Höchstmaß revolutionärer, selbstgewollter Disziplin, kameradschaftlichen Geistes in sich vereinigen, denn sie kämpft unter den schwierigsten Bedingungen und wird noch manche Belastungsprobe zu bestehen haben.

Das — selbstverständliche — haben wir noch nicht gelernt. Die letzte Diskussion über den „Fall Sch." hat hier eine Wunde aufgerissen, die nicht weiter eitern darf. Das Proletariat hat ein feines Gefühl für den Wert des organisierten Kampfes, und nur dieser wertvolle Gedanke erschwert ihre Loslösung von den Organisationen, mit denen sie schon längst nicht mehr zufrieden sind. Aber der Wert dieser Aeußerung proletarischer Solidarität wird dadurch nicht geschmälert. — Bietet ihnen jedoch die revolutionäre Partei ein Bild völliger organisatorischer Anarchie, so machen auch sie sich ihre — mit Recht! — Gedanken über die Ideologie, die dort vorhanden sein muß. Eine solche Partei untergräbt sich selbst jeden Kredit, und deshalb muß der Parteitag hier für die Zukunft ein ernstes Wort reden.

Es spricht z. B. von heilloser Verwirrung, auch von einer außerhalb der AAU. stehenden „AAU.-Opposition" zu reden, ohne jeden ernsthaften politischen Grund. Diese automatische Uebertragung einer Streitfrage auf die AAU. und die freiwillige Trennung von dieser, um dann, nach der Trennung, nach „Einigung" zu schreien, zeugt von einer so beispiellosen Prinzipienlosigkeit, daß der Parteitag alle Ursache hat die Rolle der Partei, die Organisationsdisziplin, die Grenzen der Diskussion, die Organisationsdemokratie usw. ausführlich zu beleuchten. Unsere gesamte Propaganda ist sinnlos, wenn wir uns in der Praxis selbst ins Gesicht schlagen. Gerade gegenüber dem syndikalistischen Sumpf ist es notwendig, uns in der Praxis abzugrenzen von dem Weg ins Nichts, den das Proletariat mit Recht scheut, wie der Teufel das Weihwasser, weil daraus kein Entrinnen mehr möglich ist, weil dort der politische Verfolgungswahn Triumphe feiert.

Die Ortsgruppen und Wirtschaftsbezirke müssen ernsthafte und im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die die KAPD. trägt, die Vorarbeiten für den Parteitag treffen, und begreifen, daß nur diese grundlegenden Probleme die Kraft-

Genossen, rüstet zum Parteitag!

Zum Gedächtnis des „Kommunistischen Manifest"

Von Antonio Labriola.

In den vorhergegangenen Nummern der „KAZ." haben wir unseren Genossen an dieser Stelle die Abhandlung Lafarques über den Historischen Materialismus übermittelt. Nr. 14 der „KAZ." brachte den Hinweis auf den 80. Geburtstag des Kommunistischen Manifestes. Im folgenden bringen wir anschließend an die vorangegangenen Artikel eine Schrift von Antonio Labriola zum Abdruck (in Deutsch erschienen 1909 in Verlag der Leipziger Druckerei Aktiengesellschaft), welche gleich dem Artikel Lafarques der Arbeiterklasse und im besonderen unseren Genossen das „Kommunistische Manifest" und vor allem den Historischen Materialismus in seinen Tiefen gründlich analysiert.

Labriola (gest. im Jahre 1904) gehörte zu den geistigen Führern der italienischen revolutionären Sozialisten, und steht gleichzeitig in der ersten Reihe unserer marxistischen Theoretiker, die sich zur Aufgabe gemacht haben, dem internationalen Proletariat die geistigen Waffen des Historischen Materialismus gebrauchen zu lehren. (Red. d. „KAZ."

Das denkwürdige Datum, an dem das Manifest der Kommunistischen Partei veröffentlicht wurde (Februar 1848) erinnert an unseren ersten und unanfechtbaren Eintritt in die Geschichte. Auf dies Datum beziehen sich alle unsere abwägenden Urteile über die Fortschritte, die das Proletariat seit fünfzig Jahren gemacht hat. Dies Datum bezeichnet den Anfang der neuen Aera. Sie beginnt und erhebt sich, oder besser entbindet sich aus der gegenwärtigen Aera und entwickelt sich in geheimer und innerlicher Bildung, also notwendig und unausweichbar, wie immer die Wandlungen, die sich heute nicht vorherrschen lassen, aufeinander folgen mögen.

Alle diejenigen unter uns, denen es am Herzen liegt oder einfach ein Bedürfnis ist, die vollkommene Erkenntnis ihres eigenen Werkes zu besitzen, müssen sich die Ursachen und die treibenden Kräfte vergegenwärtigen, die einst die Entstehung des Kommunistischen Manifest bestimmt haben, die Umstände, unter denen es erschienen ist, am Vorabend der Revolution, die von Paris bis Wien, von Palermo bis Berlin ausbrach. Auf diese Weise nur werden wir in der gegenwärtigen sozialen Form die sich entfaltende Tendenz zum Sozialismus finden und folglich durch seinen gegenwärtigen Daseinsgrund die vermutete Notwendigkeit seines Triumphes begründen können.

Liegt hier nicht der Nerv des Kommunistischen Manifest, sein Wesen und sein eigentlicher Charakter?

Man würde sichtlich einen falschen Weg einschlagen wenn man als seinen wesentlichen Teil die Maßregeln betrachten wollte, die am Schluß des zweiten Kapitels angeraten und vorgeschlagen werden, für den Fall einer proletarischen Revolution, oder die politisch orientierten Fingerzeige, die man im vierten Kapitel über andere revolutionäre Parteien der damaligen Zeit findet. Obgleich diese Fingerzeige und Ratschläge erwogen zu werden verdienten, im Augenblick und unter Umständen, wo sie formuliert und gegeben wurden, und obgleich sie sehr wichtig sind für ein genaues Urteil über die politische Aktion der deutschen Kommunisten in der revolutionären Periode von 1848 bis 1850, so bilden sie für uns fortan nicht mehr eine Gesamtheit von praktischen Gesichtspunkten, für oder gegen die wir uns bei jedem Ereignis entscheiden müssen. Die politischen Parteien, die sich seit der Internationale in den verschiedenen Ländern aufgetan haben, im Namen des Proletariats und mit ihm als unumwundener Grundlage, haben stets die gebieterische Notwendigkeit empfunden und empfinden sie noch, im Maße, wie sie entstehen und sich entwickeln, ihr Programm und ihre Taktik den immer verschiedenen und vielfältigen Umständen anzupassen. Aber keine dieser Parteien steht die Diktatur des Proletariats so nahe, daß sie das Bedürfnis, den Wunsch oder nur die Versuchung empfindet, von neuem die im Manifest vorgeschlagenen Maßregeln zu prüfen und über sie zu entscheiden. In Wirklichkeit gibt es an historischen Erfahrungen nur die, welche die Geschichte selbst macht, man kann sie so wenig voraussehen, wie sie sich nach überlegtem Vorsatz oder auf Befehl vollziehen. Das ist im Augenblick der Kommune eingetreten. Sie war, ist und bleibt bis heute die einzige, annähernde, obgleich — da sie jählings ausbrach und von kurzer Dauer war — verworrene Erfahrung, die wir von der Aktion des Proletariats haben, sobald es zum Herrn der politischen Macht geworden ist. Diese Erfahrung war zudem weder gewollt oder gesucht, sondern durch die Umstände aufgezwungen; sie wurde heroisch durchgeführt und ist heute für uns eine heilsame Lehre geworden. Da, wo die sozialistische Bewegung erst in ihren Anfängen ist, kann es vorkommen, daß sie sich aus Mangel an persönlicher und unmittelbarer Erfahrung — wie es in Italien häufig ist — auf die Autorität eines Textes, wie auf eine Vorschrift beruft, aber das ist im Grunde ohne jede Wichtigkeit.

Man darf meiner Ansicht den Nerv, das Wesen, den entscheidenden Charakter des Manifest auch nicht in dem suchen, was es über andere Formen des Sozialismus sagt, von denen es unter dem Namen Literatur spricht. Das ganze dritte Kapitel kann ohne Zweifel dazu dienen, durch Ausschließung und Entgegensetzung, durch kurze aber kräftige und starke Charakteristiken die Unterschiede klar zu stellen, die tatsächlich bestehen zwischen dem Kommunismus, der heute gewöhnlich wissenschaftlich genannt wird — ein oft unbesonnen gebrauchter Ausdruck — das heißt zwischen dem Kommunismus, der zum Gegenstand das Proletariat und zur Aufgabe die Proletarische Revolution hat, und den anderen Formen des Sozialismus: dem reaktionären, dem bürgerlichen, dem halbbürgerlichen, dem kleinbürgerlichen, dem utopischen usw. Alle diese Formen mit einer Ausnahme*) sind wieder erschienen und haben sich mehr als einmal erneuert, sie erscheinen selbst heute wieder und erneuern sich in den Ländern, wo die moderne proletarische Bewegung eben entsteht. In diesen Ländern und unter solchen Umständen hat das Manifest seine Schuldigkeit getan und tut sie noch als lebendige Kritik und literarische Geißel. Aber in den Ländern, wo diese Formen schon theoretisch und praktisch überwunden worden sind, wie in Deutschland und Oesterreich, oder nur noch bei einzelnen als individuelle Meinung überleben, wie in Frankreich und England und ohne von den anderen Nationen zu sprechen, hat das Manifest unter diesem Gesichtspunkt seine Rolle vollendet. Es registriert dann nur gleichsam zum Gedächtnis das, woran man nicht mehr zu denken braucht, nachdem die politische Aktion des Proletariats gegeben ist und sich in ihrem regelmäßig aufsteigendem Fortschritt abrollt.

Dies war genau die vorweggenommene Geistesdisposition derer, die es geschrieben haben. Durch die Kraft ihres Gedankens und auf einige Proben von Erfahrung hin hatten sie die Ereignisse überflügelt, und sie begnügten sich, die Ausschaltung und Verurteilung dessen festzustellen, was sie überschritten hatten. Der **kritische Kommunismus** — das ist sein wahrer Name, und keiner trifft mehr auf diese Lehre zu — gab sich nicht dazu her, mit den Feudalen die Welt zurückzusehnen, um aus dem Gegensatz zu ihr die gegenwärtige Gesellschaft zu kritisieren; — er hatte nur die Zukunft im Auge. Er verband sich nicht mehr mit den Kleinbürgern in dem Wunsche zu retten, was nicht gerettet werden kann: — wie z. B. das kleine Eigentum und das ruhige Leben der kleinen Leute, das die schwindelerregende Aktion des modernen Staates als notwendigem und natürlichem Organ der gegenwärtigen Gesellschaft, zerstört und umwälzt, weil er durch seine unaufhörlichen Revolutionen die Notwendigkeit anderer, neuer und tieferer Revolutionen in sich und mit sich führt. Er übersetzt eben so wenig die reellen Gegensätze der materiellen Interessen, die sich im Leben jedes Tages zeigen, in übernatürliche Grillen, in krankhafte Sentimentalität oder in eine religiöse Betrachtung: — er setzt im Gegenteil diese Kontraste in ihrer ganzen prosaischen Wirklichkeit auseinander. Er baut nicht die Gesellschaft der Zukunft nach einem Plane auf, der in jedem seiner Teile harmonisch entworfen war. Er hat kein Wort des Lohnes oder der Entzückung, der Anbetung oder der Klage für die beiden Göttinnen der philosophischen Mythologie: der Gerechtigkeit und der Gleichheit, diese beiden Göttinnen, die sich so kläglich in der täglichen Praxis ausnehmen, wenn man sieht, daß sich die Geschichte so vieler Jahrhunderte den unschicklichen Zeitvertreib macht, fast immer ihren unfehlbaren Zumutungen zu widersprechen. Ja sogar, obgleich diese Kommunisten auf beweiskräftige Tatsachen hin den Proletariern die Mission zuschrieben, die Totengräber der Bourgeoisie zu sein, huldigten sie dieser Bourgeoisie als der Urheberin einer Gesellschaftsform, die nach außen und nach innen ein wichtiges Stadium des Fortschritts darstellt und allein den Schauplatz der neuen Kämpfe schaffen kann, die dem Proletariat schon einen glücklichen Erfolg versprechen. Man schrieb niemals eine so grandiose Leichenrede. In diesen Lobsprüchen an die Adresse der Bourgeoisie liegt ein gewisser tragischer Humor; einige haben sie dithyrambisch gefunden.

So unanfechtbar die ablehnende Defination der anderen, damals landläufigen und seitdem bis auf den heutigen Tag oft wieder erschienenen Arten des Sozialismus sind, in der Sache, in der Form und in dem Zwecke, den sie sich setzen, so beanspruchen sie doch nicht, die wirkliche Geschichte des Sozialismus zu geben, und geben sie auch nicht. Dem, der diese Geschichte schreiben will, liefern sie weder den Aufriß noch die Richtfähnchen. Die Geschichte beruht in der Tat nicht auf der Unterscheidung des Wahren und des Falschen, des Gerechten und des Ungerechten und noch weniger auf dem mehr abstrakten Gegensatz des Möglichen und des Wirklichen: wie wenn die Dinge auf der einen Seite waren und auf der anderen Seite ihre Schatten und Reflexe in den Ideen hätten. Die Geschichte ist ganz aus einem Stück, und sie beruht auf dem Bildungs- und Umbildungsprozeß der Gesellschaft; d. h. sie vollzieht sich auf eine objektive Art, unabhängig von unserer Billigung oder Mißbilligung. Die Geschichte ist eine Dynamik besonderer Art, um mit den Positivisten zu sprechen, die so lecker nach derartigen Ausdrücken sind, aber sich oft an das neue Wort klammern, das sie losgelassen haben. Die Verschiedenen Formen sozialistischen Denkens und Handels, die im Laufe der Jahrhunderte erschienen und verschwunden sind, so verschieden in ihren Ursachen, ihrem Aussehen und ihren Wirkungen, müssen alle studiert und erläutert werden durch die besonderen und verwickelten Verhältnisse, des sozialen Lebens, unter denen sie entstanden sind. Indem man sie in der Nähe studiert, bemerkt man, daß sie kein einziges Ganzes ununterbrochenen Fortschrittes bilden, und daß ihre Reihe mehrmals unterbrochen worden ist durch den Wechsel des sozialen Komplexes und das Verschwinden und den Bruch der Ueberlieferung. Erst von der großen Revolution ab gibt es eine gewisse Einheit in der Entwicklung des Sozialismus, die klarer seit dem Jahre 1830 hervortritt, seitdem die Bourgeoisie in Frankreich und England endgültig das politische Ruder ergriff, und die endlich anschaulich und sozusagen handgreiflich seit der Internationalen wird. Auf diesem Wege erscheint das Manifest als ein Meilenstein, der eine doppelte Inschrift trägt: auf der einen Seite den Wiegendruck der neuen Lehre, die seitdem die Runde um die Welt gemacht hat — auf der anderen Seite die Orientierung über die Formen, die es ausschloß, jedoch ohne deren Geschichte zu schreiben. (Fortsetzung folgt.)

*) Ich spreche von der Form, die das Manifest ironisch als den wahren oder deutschen Sozialismus kennzeichnet. Dieser Paragraph, der für alle die unverständlich ist, die nicht in der deutschen Philosophie der damaligen Zeit sehr bewandert sind, namentlich in gewissen ihrer stark entarteten Tendenzen, ist in der spanischen Uebersetzung mit Recht weggelassen worden.

Die singenden Galgenvögel

Die Piskatorbühne spielt augenblicklich im Lessingtheater „Singende Galgenvögel", von Upton Sinclair. *)

Sinclair, der Darsteller der kapitalistischen Gesellschaft Amerikas in all ihren Entwicklungsformen und reaktionären Auswüchsen, zeigt in seinen „Singenden Galgenvögeln" die brutale Reaktion der amerikanischen Justiz — die heute auch hierin ein Vorbild für die gesamte übrige kapitalistische Welt ist —, wie sie durch die greulichsten Mittel der Einkerkerung der revolutionären Arbeiter versucht, den Kampf des revolutionären Proletariats niederzuringen. Sein Stück fordert das primitivste Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse heraus, das in der Offenbarung der Klassenverhältnisse und in der Aufpeitschung zum Klassenhaß seine revolutionäre Grundlage hat. Das Objekt bildet einer der revolutionären Streiks, den die IWW., die einzige revolutionäre Arbeiterorganisation Amerikas, gegen die amerikanische Bourgeoisie führt.

Es wird darin aufgezeigt, wie trotz der brutalen Vernichtung einiger der Besten, die Massen der revolutionären Proletarier, die im Gefühl der Solidarität marschieren, nicht aufzuhalten sind. Sinclair zeigt in dem Führer der singenden Galgenvögel nicht die modernen Gewerkschaftsbonzen, sondern einen gewöhnlichen Arbeiter, den „Roten Adam", der sein Ganzes für die Bewegung opfert, nachdem er seine Klassenlage begriffen hat, die mit den Verhältnissen seiner Klassengenossen verbunden ist. Kurz werden die Verhältnisse des „Roten Adam", die sich verallgemeinern lassen, aufgezeigt, die sich in Not, Elend und Verzweiflung widerspiegeln, in Arbeitslosigkeit und den sich ergebenden Familienverhältnissen. Liebe und gemeinsamer Existenzkampf mischen sich mit Nahrungssorgen und Furcht vor Vermehrung der Familie, führen zur Disharmonie und Enden in der Tragik des Todes der Frau, die an einer Abtreibung stirbt —, während wir auf der anderen Seite die Schwelgerei der Bourgeoisie, die Zügellosigkeit der Ausschweifung und der Maitressenwirtschaft sehen, dem sich keine Schranke entgegensetzt. Selbstbewußt geht die Bourgeoisie über das niedergetretene Proletariat einschließlich der Maitressen hinweg.

In dieser Darstellung verkörpert das Stück ohne Zweifel einen revolutionären Charakter. Dennoch müssen wir feststellen, daß es in theoretischer, sachlicher, sowie in positiver Beziehung große Mängel und Fehler aufweist. Es zergliedert so wenig die Klassenverhältnisse und die Fragen des Klassenkampfes und der revolutionären Solidarität, wie es der Solidarität, dem hauptsächlichsten Faktor, keinerlei aktive, positive Handlung oder Richtlinie gibt. Die Handlung endigt mit dem Tode des „Roten Adam". Damit verfehlt es den Hauptzweck der revolutionären Bühne, die nicht nur darstellen, sondern vor allem die revolutionäre Erziehung und die politische Aufklärung in theoretischer Beziehung in den Vordergrund stellen soll. Eine besondere Kritik verlangt in dieser Hinsicht auch die Rolle des christlichen Helden in Verbindung mit den revolutionären Kämpfen des Proletariats. Selbst wenn es sich um eine historische Darstellung handelt, die der Autor seiner Schilderung oder Handlung einverleibt, sie wirkt in dieser Aufführung nicht klärend, indem sie Christus als den Apostel des Sozialismus hinstellt und eine ideologische Verbindung zwischen den christlichen Utopisten und den revolutionären Kämpfern des Proletariats herzustellen versucht. Eine solche Aufführung widerspricht aller sozialistischen revolutionären Theorie, und man sollte im Auge behalten, daß speziell die „Weltverbesserer" der christlichen Utopie der amerikanischen revolutionären Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag mehr als hinderlich im Wege stehen. Die Darstellung auf der Deutschen Bühne kann nur Illusionen hervorrufen und irritieren. Auch wirkt die „tragische" Darstellung des christlichen Pfaffen im Kerker, wenn er von seinem Christus die Erlösung erhofft, mehr als komisch, geradezu lächerlich. Dieses hervorzuheben müßte die Aufgabe der bildenden Bühne sein.

Die schauspielerischen Leistungen waren sehr gut. Im besonderen die des „Roten Adam", wie auch die des Darstellers des Staatsanwalts. Gut war aber auch, daß sich all diese einzelnen Personen immer wieder in den Rahmen der Gesamthandlung der Masse einfügten, wodurch der Charakter der Solidarität hervorgehoben wurde. Es ist das ein wesentlicher Faktor solcher Massenszenen. Besonders wirkungsvoll gestaltet sich hierbei auch die Inszenierung, bei der Piskator durch die Verbindung von Film und Bühne die Darstellung in technischer und psychologischer Beziehung hebt. Im Gesamtrahmen gesehen, zeigt die Aufführung bei der notwendigen Kritik ein gutes Bild der kapitalistischen Gesellschaft, und sie öffnet in ihrer Form, in Darstellung und Technik mancherlei gute Wege für die proletarische Bühne.

K. M.

*) Der Text, der im Malik-Verlag in Buchform erschienen ist, ist in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, erhältlich.

anstrengung eines Parteitages rechtfertigen. Einige Ortsgruppen scheinen sich die Dinge sehr leicht zu machen, und verlangen „Zutritt“ einer „Opposition“, die selbst aus der Partei lief, und die politisch nicht leben und nicht sterben kann. Mit ihrer „Begründung“, daß es sich doch um „gute Genossen“ handelt, setzen sie dann dem ganzen die Krone auf. „Gute Genossen“ sind auch bei den Syndikalisten, bei den Bibelforschern, oder sonst-wo. Eine solche „Begründung“ ist lächerlich. Der Parteitag hat und kann nicht die Aufgabe haben, auf Kosten des Prinzips und durch eine allgemeine „Amnestie“ einen morschen Balken mühselig anzuflicken, um dann nach Hause zu gehen, und von der gelungenen „Einigung“ zu erzählen. Ein solcher Parteitag fehlte uns gerade noch! Der Parteitag hat die grundsätzliche Basis für unsere zukünftige Arbeit zu schaffen, hat alle Schwächen und Fehler der Partei zu prüfen und für die Zukunft möglichst zu verhindern. Nur dann wird die Kraft der Partei nicht umsonst vertan sein, und nur dann sind wir einen Schritt weiter auf dem beschwerlichen Wege der Sammlung des revolutionären Vortrupps der Klasse zum Kampf gegen den Kapitalismus und dessen Ueberwindung. Das Vertrauen der Arbeiter, die heute noch zweifelnd nach der KAPD. schauen — weil heute dort noch allerhand möglich war — muß uns wertvoller sein, als die „Gewinnung“ einzelner, die den Mut nicht aufbringen, offen ihre Fehler zu bekennen.

Anträge und Resolutionen

Nürnberg.

Die Ortsgruppe Nürnberg der KAPD. beantragt, die Opposition als stimmberechtigte Mitglieder zum Parteitag zuzulassen.

Begründung:

Trotz der guten Absichten halten wir zwar die angeführten Argumente der Opposition gegen Gen. Schw. bei der heutigen politischen Situation nicht für stichhaltig. Es gilt eben abzuwägen, ob eine Handlungsweise der Gesamtbewegung zugute kommt oder nicht, was bei der Mandatsniederlegung des Gen. Schw. kaum bejaht werden kann. Das Gleiche gilt für die Annahme der Diätengelder, die doch der Bewegung sicher zugute kommen. Letzten Endes kommt es aber nicht auf die Art, sondern auf die Wirkung der gebrauchten Waffe an, die ich meinem Gegner damit beibringe. Wir werden uns noch öfter, wie bisher von dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“ leiten lassen müssen. Daß durch die Geldannahme der Weg zur Wahl frei werde, wird wohl niemand behaupten wollen, der die in der Partei organisierten revolutionären Genossen kennt.

Eine auf dem Räteprinzip aufgebaut sein wollende Organisation darf aber unter keinen Umständen eine solch schwerwiegende Frage einseitig lösen, ohne das Räteprinzip zu verletzen. Die endgültige Klärung kann hier nur durch beiderseitige sachliche Aussprache herbeigeführt werden. Daß sich eine Gruppe fürchtet, von der anderen überstimmt zu werden, grenzt an Diktatur, denn die Minderheit hat sich doch der Mehrheit zu fügen und der Wille der Mehrheit ist eben maßgebend. Aus welchem Grunde dann die Zulassung der Opposition abgelehnt würde, ist uns unverständlich.

Die Pressekommission wird beauftragt, nicht zuzulassen, daß in unserer Presse gute revolutionäre Genossen beschimpft werden.

Mitteldeutschland.

Die am 19. 2. 28 in Halle stattgefundene Bezirkskonferenz stellt an den Parteitag folgenden Antrag der Mitgliedschaft Mitteldeutschlands:

Der Parteitag beschließt, die Opposition offiziell aufzufordern, sofort ihren Eintritt in die KAP. und Union zu vollziehen und sichert ihr zu diesem Zwecke volle Vertretung beim Parteitag zu.

Sachsen.

1. Die Bezirkskonferenz Sachsen beantragt, auf dem Parteitag die mit dem Fall Schwarz neu aufgerollte Frage des grundsätzlichen Antiparelamentarismus zur Diskussion zu stellen. Die Bezirkskonferenz steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Stellungnahme der Mehrheit der Partei falsch war und einer Revision bedarf.

2. Es ist revolutionäre Pflicht der Partei, offiziell von dem Parlamentarier Schwarz abzurücken.

3. Andererseits beschließt der Parteitag, die Opposition aufzufordern, zur Vertretung ihrer Auffassung einen Delegierten zu stellen, der aber natürlich nicht stimmberechtigt ist.

4. In bezug auf die Rückkehr der oppositionellen Genossen erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß jeder von ihnen sofort wieder statutengemäß aufgenommen wird.

5. Beitragssperre ist unzulässig, ebenso Zusammenschluß zu Fraktionen, die ihre Meinung mit andern als mit parteidemokratischen Mitteln durchzusetzen versuchen.

6. Gesamtorganisation wie Körperschaften haben aufs schärfste darauf zu achten, daß die in den jüngsten Auseinandersetzungen oft aufgetauchte üble Methode zu Verleumdungen und Schimpfereien (siehe KAZ., Rundschreiben und Korrespondenz) zu greifen, verschwindet.

(Daß die guten Genossen gegen die ungeheuren Verleumdungen der Gesamtpartei seitens dieser „Opposition“ keinen Protest erheben, das ist bezeichnend. R.)

Leipzig.

Die immer wiederkehrende Konflikte Angehöriger unserer Organisation mit dem bürgerlichen Staate in der Frage der obligatorischen Ehrenämter: Schöffen, Geschworene, Armenpfleger, erfordern eine prinzipielle Stellungnahme der Opposition. Es geht nicht an, daß unsere Genossen stillschweigend solche Ehrenposten ohne prinzipielle Erklärung annehmen oder ausüben, oder daß — wenn eine solche Erklärung erfolgt, wie in Weißenfels die Erklärung der EL.-Stadtverordneten bei der Niederlegung ihrer parlamentarischen Ehrenämter — in der KAZ. die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie gerade an diesen Konflikten unterbleibt. Die Ortsgruppe beantragt, jedem Genossen die Pflicht einer prinzipiellen Erklärung bei der Aufzwingung solcher Ehrenämter durch die bürgerliche Demokratie aufzuerlegen.

Ruhrgebiet.

„Entschließung zur Frage der Opposition.“

Die am 4. März tagende Bezirkskonferenz Ruhrgebiet nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die letzte Zentral-Ausschuß-Sitzung hat in einer Resolution die Frage des „Falles Schwarz“ und die sich an den „Fall Schw.“ knüpfende Opposition entschieden. Der Wirtschaftsbezirk Ruhrgebiet der KAP. erklärt, daß er weiterhin auf dem Boden der Resolution des „Z. A.“ steht (siehe KAZ. 85).

Der Parteitag muß über die „ZA.“ hinaus einen Schritt vorwärts tun, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll. Auf der „ZA.“ wurden die nächsten Aufgaben der Partei gestellt; der Parteitag muß sie im größmöglichsten Maße zu lösen suchen. Diese Aufgaben sind: Die Aufgaben der Partei im allgemeinen; die erneute Fundamentierung über die Rolle der Partei und der Organisationsdemokratie; die Aufgaben der AAU. und das Verhältnis von Partei und Union usw.

Die Zulassung einer parteifeindlichen Gruppe zum Parteitag spricht allen Parteigrundsätzen Hohn. Die sogenannte Opposition konnte ihre selbständige Existenz nicht damit begründen, daß sie der Linie der Partei eine andere Linie gegenüberstellt. Damit verwirkt sie sich das Recht, überhaupt als eine politisch ernst zu nehmende Gruppe innerhalb der Arbeiterbewegung angesehen zu werden. Die Opposition kann nicht verglichen werden mit einer, um politische Klarheit ringenden Fraktion, die um politische Prinzipien kämpft und so die Voraussetzungen einer Kampfgemeinschaft in sich trägt. Sondern die „Opposition“ hat in ihrer Prinzipienlosigkeit nicht aufgehört, die Kommunistische Arbeiterbewegung zu diskredatieren und hat so der konterrevolutionären Spekulation der 2. und 3. Internationale Vorschub geleistet. Wie die KAP. jede Einheitsfronttaktik und alle fraktionellen Manöver als die revolutionäre Arbeiterbewegung vergiftend ablehnt, so muß sie auch die Einheitsmanöver dieser Opposition ablehnen. Die Opposition hat sich keine Rechenschaft darüber abgelegt, ob diese von ihr angegebenen Differenzen eine Spaltung rechtfertigen. Sie hat, ohne daß sie sich über ihre Perspektive klar wurde, alle organisatorischen Bande zerrissen und ihre Hauptaufgabe in der Schwächung und Diskreditierung der Partei erblickt. Sie hat nach Einheit geschrien und hat fraktionsmäßig die Spaltung organisiert. Sie verlangt Zutritt zum Parteitag und erklärt in demselben Atemzuge, daß sie sich den Beschlüssen des Parteitags nur fügt, wenn sie den Parteitag ihren Willen aufoktroiren kann. Damit gibt sie selbst zu, daß die Zulassung und die gemeinsame Arbeit von ihrer Seite nur als „Parole“ gedacht ist, um ihre mißlungenen Spaltungsmanöver aufs neue fortzusetzen.

Aus diesen Gründen kann die Zulassung einer Gruppe, die die Partei verließ und unter der Maske einer „KAPD.-Opposition an sich als selbständige Organisation konstituierte, keinen Tagesordnungspunkt des Parteitages bilden.

Die Bezirkskonferenz protestiert gegen die Forderung einiger Ortsgruppen auf Zulassung dieser „Opposition“, da diese Forderungen den Beschlüssen der Zentralausschußsitzung widersprechen und ihre praktische Verwirklichung der Zerstörung der Partei Vorschub leistet.

Die Genossen der Opposition, denen es ernst ist mit dem Kampf um den Kommunismus, müssen in die Partei zurückkehren, um sich so ihre Rechte als Parteimitglieder neu zu erwerben. An ehemaligen Genossen, die an den begangenen Fehler festhalten und sich demnach das Recht vorbehalten, diese ihre Handlungsweise zu wiederholen, oder an Genossen, die aus persönlichem Ehrgeiz nicht den Weg in die Partei finden können, kann einer kommunistischen Partei nichts gelegen sein.

Was will und was ist die „Opposition der KAPD.“?

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Bekanntlich gibt die „KAPD.- und AAU.-Opposition“ gelegentlich einmal eine Zeitung heraus. Gleich in der ersten Nummer vorigen Jahres wird der eigene Laden zu „begründen“ versucht. Diese Begründung kann sich wirklich sehen lassen! Weil die Partei von einem Nichtmitglied Unterstützung annimmt, ist sie opportunistisch und muß gespalten werden. Die Mitglieder des ganzen Reiches, die größtenteils diesen „Standpunkt“ ablehnen (siehe Abstimmung), werden einfach als „Schwarzanhänger“ und „Schwarzisten“ tituliert. Trotzdem die „Opposition“ genau weiß, daß die Genossen langerfahrene Kämpfer sind, zum großen Teil seit der Gründung der KAPD. dieser angehören und niemals zulassen würden, daß die Grundsätze der KAP. verletzt werden.

Gewiß kann eine Unterstützung kein Freibrief für Extratouren sein. Aber über den moralischen Wert des Betreffenden können die Genossen im Reich selbst ein Urteil abgeben. Auch über dessen politische Arbeit und Opferbereitschaft gegenüber dem revolutionären Proletariat. Jene unbegründete Hetze dieser „Opposition“ gegen Personen, wofür größtenteils ganz kleinlicher Klatsch herhalten muß, der dann bei näherer Prüfung sich als Phantasie erweist, ist schon genügend Beweis für deren „Prinzipien“. Auf das „Material“ der Opposition eine politische Sonderexistenz aufzubauen, ist ein Ding, das in der Arbeiterbewegung noch nicht da war. Die Führer der Opposition möchten damit begreiflicherweise von der grundsätzlichen Seite ablenken. Das ist begreiflich, aber dumm.

Das „Argument“ dieser „Opposition“, die Arbeiter würden uns als Partei das „Versprechen“ des Genossen Sch., sein Mandat nach Liquidierung der E. L. niederzulegen, vorhalten, ist eine durchsichtige Spekulation. Ueberall wo wir als Partei öffentliche Versammlungen abgehalten haben oder in der Diskussion gesprochen haben, ist uns als Partei niemals der Vorwurf gemacht worden. Bekannt ist uns aber, daß die Opposition hier gelegentlich „nachhilft“. Aber selbst dieser „Erfolg“ bleibt ihr versagt. Da die Opposition nur von diesem „Fall“ lebt, so wird sie sich sehr einrichten müssen. Da sie an der Politik der Partei keinerlei Kritik zu üben vermag, hat sie keine „Argumente“ mehr gegen die Partei, wenn der Reichstag aufgelöst wird. Bis dahin lebt sie — o Ironie — von dem Parlamentarismus, den sie vorgibt, zu bekämpfen.

Wenn man genau die Stellung der KAZ. mit der der Opposition vergleicht, kann man, außer dem erwähnten „Fall“, wirklich keine Differenzen finden. Trotzdem versucht die „Opposition“ in einem Artikel „Spaltungen in der Arbeiterbewegung“ in Nr. 2 ihres Blattes den „Nachweis“ zu führen, daß der Versuch der Spaltung der Partei „richtig war“. Sie läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Die Differenzen, die neuerdings der Fall Schwarz zutage förderte, zeugen dafür, daß die Grundsätze der KAPD. nicht genügend fest in der Mitgliedschaft verwachsen waren, denn sonst wäre es unmöglich gewesen, daß um eines Parlamentariers willen die Genossen sich spalten konnten. Die Spaltung hat jedoch den Schwarzanhängern bewiesen, daß sie vollständig opportunistisch entgleist sind, und kehren die Genossen durch gewonnene Einsicht zu den alten Grundsätzen zurück, dan steht einer Einigung nichts im Weg und geschichtlich gesehen, wäre dann die Spaltung nicht umsonst gewesen.“

Eingangs haben wir schon nachgewiesen, wie es mit den „Gründen“ für einen Versuch der Spaltung beschaffen ist. Der Zentralausschuß, der Herbst 1927 tagte, hat zu den Differenzen Stellung genommen; alle Argumente seitens der „Opposition“ gegen die Körperschaften sind als Verleumdungen und Lügen entlarvt. Festgestellt wurde vielmehr, daß die „Führer“ dieser „Opposition“ bewußt die Spaltung organisierten. Trotzdem die Genossen des Ruhrgebiets während der Auseinandersetzung sich an die „Opposition“ wandten, um die Spaltung zu verhüten und ihnen politisch die ungeheuren Schäden nachwiesen, sowie ihnen konkrete Vorschläge machten betreffs Beilegung des Streitfalls, haben sie uns nur mitgeteilt, daß die Mitgliederversammlung der Opposition in Berlin dazu Stellung nehmen würde und uns dann Bescheid zuginge. Auf die Vorschläge und den Bescheid warten wir heute noch. Einige Wochen darauf erhielten wir ein Rundschreiben der Opposition, in dem sie die Spaltung „begründeten“. Also fest steht, daß die Unschuldsapostel bewußt angefangen haben, die Spaltung zu organisieren. Ein Teil der KPD.-Genossen stand damals in der Oppositionsgruppe E. L. und war auf dem besten Wege zur KAPD. Aber durch das verbrecherische Handeln von Schmidt und Genossen wurden sie größtenteils in die Arena des Z. K. zurückgeworfen und in Indifferenz gestoßen. In der „Klasasenfront“ der Opposition steht ein Artikel, betitelt: „Verleumder am Werk“. Dort versucht Kurt Schmidt in gehässiger Weise die KAPD. und KAZ. herunter zu reißen und sich reinzuwaschen betreffs seiner Vergangenheit. Wir können aber auf Grund von Tatsachen, die Schmidt in der E. L. und weiter als Oppositioneller in der KAPD. geleistet hat, nicht so ohne weiteres seine Rechtfertigung glauben. Gerade Schmidt ist es gewesen, der mit Verleumdungen und Lügen gegen die Körperschaften und Partei gekämpft hat und so der persönlichen Verhetzung Vorschub leistete, um seine dunklen Ziele zu verwirklichen. Lächerlich ist der Schlußteil des Artikels, wo die Wiedervereinigung gepredigt wird. Wo bleiben all die Forderungen der Opposition an die Partei? Im Schlußartikel steht folgendes:

„Mögen die Genossen der Gegenseite erkennen, daß sie endlich Schluß machen müssen mit einigen unverbesserlichen Schimpfbolden, daß sie einige Funktionäre, die sich verrannt haben, zur Ordnung rufen müssen und daß dann nach der Liquidierung des Streitfalles die Basis für die Wiedervereinigung, die unerläßlich ist, vorhanden sein kann.“

Die Partei soll nun Schluß machen mit den Schimpfbolden und einigen unverbesserlichen Funktionären. Dann ist die Basis für die Wiedervereinigung da. Eine eindeutigere politische Bankrotterklärung ist ganz undenkbar. Erst spaltet und verleumdet man die Partei, dann ruft man nach der „Wiedervereinigung“.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Wiedervereinigung, aber solche „Genossen“, die mit der Partei Schindluder getrieben haben, mit kalter Ruhe und aus persönlichen Gründen die Partei zu spalten suchten und so Teile der Arbeiterschaft in die KPD. zurücktrieben, können so ohne weiteres nicht wieder aufgenommen werden. Wir haben uns als Arbeiter organisiert, um nach den Grundsätzen der KAP. die proletarische Revolution vorwärtszutreiben und sie zur Auslösung zu bringen. Mit „Genossen“, die aus rein persönlichen Gründen oder aus Langeweile Sport mit der Organisation treiben, um ihre persönlichen Gelüste zu befriedigen, haben wir nichts gemein. Auch nicht mit solchen Genossen, die aus lauter Grundsätzen“ und „Prinzipien“ historisch geworden sind und jede Aktion der Partei mit Reformismus vergleichen und aus lauter Prinzipien nichts tun. Die gehören in eine Sekte, solche Elemente schaden der rev. Bewegung. Die rev. Bewegung gebraucht Genossen, die nach der rev. marx'schen Theorie aktiv an der Arbeiterbewegung teilnehmen und versuchen mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, die Konterrevolution mit Einschluß der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften zu schwächen und unsere Organisation zu stärken.

Die Vergangenheit der „KAPD.-Opposition“ hat bewiesen, daß sie abgewichen vom rev. Weg. Wenn die Genossen eine wirkliche gesunde Einigung wollen, müssen sie klar bekennen, daß sie mit der Spaltung einen großen politischen Fehler begangen haben, sonst hat eine Einigung gar keinen Zweck, da sonst die Einigung nur hemmend wirken würde für die Zukunft.

Es ist charakteristisch, daß selbst die Opposition nach einem Parteitag der KAPD. schreit. Wir fragen, was wollt ihr da? Uns ist noch wohl bekannt, wie fanatisch der ehemalige Genosse Linke auf der letzten Reichskonferenz der AAU. gegen den größten Teil seiner politischen Bundesgenossen von heute in den Fragen der Taktik der AAU. ankämpfte. Wo sind angesichts des kommenden Parteitags, den die Opposition „fordert“, die Prinzipien? Sie sind persönlicher Verärgerung gewichen. Der Haß gegen die Partei und der persönliche Ehrgeiz überwuchern hier die „Lebensfragen der Union“. Man muß diese Prinzipienlosigkeit und Demagogie der Lincke, Schmidt und Konsorten entlarven, um diese „Opposition“ richtig einschätzen zu können. Sie steht nackt und bloß vor der Partei. Ihre Rolle ist ausgespielt.

Als letzter Trumpf wird dann die leninistische „Einheitsfront-Taktik“ hervorgesucht, wie sie in einem Rundschreiben präzisiert wird. „Der Parteitag ist nur gut, wenn er unseren Willen tut“! Sie wollen „zugelassen“ werden, aber sie pfeifen auf den Parteitag und auf Mehrheitsbeschlüsse der Mitgliedschaft, wenn sie ihnen nicht passen. So sehen wir nach den politischen „Prinzipien“ noch die neuen Prinzipien über Organisationsdemokratie. Auch hier heißt es Farbe bekennen! Die „Einheitsfronttaktik“ dieser „Opposition“ ist eine elende Heuchelei, eine von jenen Fraktionsmanövern, um naive Proletarier zu verwirren. Eine Partei, die solchen „Prinzipien“ ihre Tore öffnen würde, würde sich selbst in die Luft sprengen.

Alle ehrlichen revolutionären Genossen der Opposition, die auf der Grundlage der Partei zurückkehren, sind uns jedoch willkommen. Es gibt nur eine Alternative: zurück zur Partei oder aus persönlicher Rechthaberei den Weg ins Nichts. Die Partei jedoch muß ihren Weg gehen. Der Geist dieser „Opposition“ hat viel zu viel schon ihre Kräfte gelähmt.

Eine Berichtigung.

Aus Forst erhalten wir eine Erklärung, daß die Mitteilung der „Essener“, die Ortsgruppe wäre zu den „Essenern“ „übergetreten“, Schwindel ist und alle an die unsererseits in der „KAZ.“ Nr. 12 gezogenen Schlußfolgerungen für diesen Fall nicht zutreffen. Wir nehmen davon Kenntnis und bemerken, daß dann die historisch — dialektisch — materialistisch — philosophische Tiefgründigkeit der „Essener“ noch blöder ist, als ohnehin schon.

Organisatorische Mitteilungen

KAP. Groß-Hamburg.

Eimsbüttel-Altona: Montag, 12. März, im Lokal „Zum alten Fritz“ (Penske), Ecke Lindenallee und Margarethenstraße. Tagesordnung: „Der Klassenkampf in Amerika.“

Barmbeck: Dienstag, den 13. März, Lokal Rapp, Ecke Stuvkamp und Wohldorfer Straße. Wichtige Tagesordnung.

AAU. Groß-Hamburg.

Bezirk II (Altona-Eimsb.).

Am Montag, den 12. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal von Penske, Ecke Margarethenstraße und Lindenallee. Sympathisierende sind eingeladen. Genossen, sorgt für guten Besuch.

Bezirk I (Barmbeck).

Am Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Eckelmann, Ecke Bartholomäusstraße und Hamburger Straße. Sympathisierende sind eingeladen.

Arbeits-Ausschuß.

Hannover.

Oeffentlicher Diskussionsabend

am Sonnabend, den 10. März 1928, abends 8 Uhr, im Lokal Onken, Blumenauerstr., Ecke Gartenallee.

Thema: Vor neuen Krisenstürmen! 247 Tarifverträge laufen ab. Die Niederlage im Mitteldeutschen Metallarbeiterstreik. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter. Der Zusammenbruch der dritten Internationale. Reformistische Niederlagentaktik oder revolutionärer Klassenkampf.

KAP. u. AAU. Ortsgruppen: Hannover.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 20

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur“, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 11. März 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „Linksschwenkung“ des Ekki

In Moskau hat das sogenannte Ekki wieder einmal getagt. Die Oeffentlichkeit hat davon nicht allzu viel bemerkt. Und die Herrschaften vom Ekki legen auch nicht mehr allzu viel Wert darauf, von der Oeffentlichkeit bemerkt zu werden. Denn unbemerkt fischt sichs am Besten im Trüben.

Nachdem selbst die „Rote Fahne“ es verstanden hatte, über diese Tagung schlechter Diplomaten diplomatisch zu schweigen, veröffentlicht sie, in der Hauptsache, nachdem alles vorüber ist, nachträglich die Entschließungen dieser Tagung, die Referate und etliches über die Diskussion. Das alles wäre an sich ohne jeden Belang. Nun will aber die KPD. — und die Ruthenen wetteifern darin mit ihr — die Welt glauben machen, es sei auf dieser Tagung ein Wunder geschehen: das Ekki habe eine „Links“schwenkung vorgenommen.

Es wird immerhin nötig sein, diesen neuesten Schwindel näher zu betrachten und seine Haltlosigkeit darzulegen; denn es gibt nichts, worauf nicht gewisse Leute, mitunter auch Arbeiter, hineinfallen.

Worin soll nun diese „Linksschwenkung“ bestehen. Zunächst hat die „Prawda“ einmal am 15. und sodann am 29. Februar Artikel veröffentlicht, in denen der völlige Bankrott der bolschewistischen Politik auf dem Dorfe zugegeben wird.

So heißt es in dem zweiten Artikel unter anderem: „In unseren Organisationen, sowohl denen der Partei wie auch in anderen, sind in der letzten Zeit Elemente erstanden, die der Partei fremd sind, die keine Klassen im Dorfe sehen, die die Grundlagen der Klassenpolitik nicht verstehen und die bestrebt sind, die Arbeit so zu leisten, daß bei Niemandem im Dorfe angestoßen wird, daß sie in Frieden mit dem Kulaken leben und daß sie überhaupt Popularität unter „allen Schichten“ des Dorfes behalten.“ Und es ist auch so: Die Politik des Leninismus im Dorfe hat Bankerott gemacht.

Hier scheint uns eine der tiefsten Quellen und Ursachen für das Manöver zu liegen, das das Ekki unter der Parole: „Linksschwenkung“ herausbringt. Der russische Bauer hielt erneut das Getreide zurück. Denn nachdem der Kriegskommunismus aufgegeben und die Nep nach der schönen Losung Bucharins an die Bauern: „Bereichert Euch“ das flache Land mit ihren Segnungen beglückte, waren die Bauern mit Recht der Meinung, daß sie sich am besten bereichern könnten, wenn sie das Getreide zurückhielten, um es zu Ende des Winters so hoch wie möglich an die staatlichen Einkaufsorgane loszuschlagen. Das führte zu einer Krise der Getreideversorgung der städtischen Bevölkerung und zu einer Gärung, die, wie Bucharin in seiner Rede auf der Tagung des Ekki zugab, selbst zu Bewegungen und Streik im Betriebe führte; von dem Schlangenstehen der Proletarier und Proletarierfrauen vor den Lebensmittelläden der Städte ganz zu schweigen.

Diese Tatsache stellte die Reformisten an die Spitze des Ekki und der russischen Regierung natürlich vor bestimmte Aufgaben. Aber sie waren selbstverständlich nur imstande, diese Aufgaben mit derjenigen Demagogie zu „lösen“, die Reformisten ansteht.

Was tat die russische Regierung also, um die Beschwerden der Arbeiterbevölkerung zu beheben? Sie dachte nicht daran, die konterrevolutionären Beschlüsse des 14. wie des 15. Parteitages, die beide die Nep bestätigten und erweiterten und das gewaltsame Eingreifen in die bäuerliche Wirtschaft ein für alle Mal als unleninistisch ablehnten, umzustoßen oder an ihnen auch nur zu rütteln. Sie half sich im Großen und Ganzen auf folgende Weise: Sie erhöhte die Getreidepreise und warf alles, was sie an Industriewaren in Händen hatte, den Bauern zu Schleuderpreisen hin. Darauf soll, wenn man den Bolschewisten Glauben schenken darf, eine gewisse Steigerung der Getreideeinbringung erzielt worden sein. Dafür aber ist in den Städten wiederum eine Verknappung der an sich schon geringen Vorräte an Industrieerzeugnissen eingetreten, die den städtischen Arbeiter mit der äußersten Entbehrung und Not in dieser Hinsicht heimsucht. Wenn hier und da mal ein Richter gegen einen gar zu offen sabotierenden Kulaken vorgegangen sein sollte — was wir gar nicht nachprüfen können — so ändert das an der von den Leninisten im Kreml gegenüber den Bauern eingeschlagenen leninistischen, d. h. reaktionären Politik in Grundlinie nicht das Geringste.

In Sibirien sind an einzelnen Stellen Arbeiter auf eigene Faust auf Land gezogen und haben den bäuerlichen Reaktionären den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust gesetzt und ihnen Getreide abgetrotzt. Wenn selbst der Referent der Ruthenen auf der Tagung des Leninbundes diese Maßnahmen ablehnt, ohne zu sagen welche Politik die Orthodoxen an die Stelle des „Stalinkurses“ setzen wollen, so ist das charakteristisch genug. Aber bei dem geschwollenen Uebermut der Kulaken, der sich immer klarer als Träger der russischen Politik und Wirtschaft fühlt und erkennt, wird das Lavieren und Manövrieren der Stalinregierung bei den russischen Bauern nur ein verächtliches Achselzucken auslösen. Er wird auf der beschrittenen Bahn weiterschreiten. Die Krise wird sich bei der nächsten Getreidebeschaffungskampagne auf erhöhter Stufenleiter, d. h. in gesteigertem Maße reproduzieren, ganz gleich in welchen Formen sie sich im Einzelnen kundgibt und auswirkt.

Damit ist eigentlich schon bewiesen, daß die „Linksschwenkung“ eine Seifenblase ist. Sie kann auf leninistischer Grundlage weder innerhalb noch außerhalb Rußlands durchgeführt werden.

Dennoch wird es sich verlohnen, zu untersuchen und zu prüfen, auf welche Punkte sich die „Linksschwenkung“ immer nach den Angaben des Ekki in internationalem Maßstabe beziehen soll.

Hier ist eine Vorbemerkung zu machen. Hängt die angebliche Linksschwenkung in Rußland mit der politischen und wirtschaftlichen „Rechtsschwenkung“ der dortigen Bourgeoisie zusammen, so erklärt sich dasselbe Manöver der Bolschewisten in internationalem Maßstabe, mit ähnlichen Verhältnissen auf der internationalen politischen Arena. Rußland ist heute ein kapitalistischer Staat und noch dazu eine Halbkolonie des internationalen Großkapitalismus. Alle Versuche Rußlands, nach Liquidierung der revolutionären Außenpolitik mit den Mitteln der bürgerlichen Diplomatie und des bürgerlichen Paktierens aus dieser Situation herauszukommen, haben sie die Lage dieses

Ein neuer Trick

Mit den Metallarbeitern

Mittlerweile wächst sich die Bewegung in der Metallindustrie zu einer Farce aus. Die Komödie öfter als nötig zu wiederholen, scheint den Herren nicht ratsam. Man muß „neue Momente“ hineinbringen, damit das Spiel nicht all zu langweilig und in seiner eintönigen Langweiligkeit nicht allzu früh jeden Reiz verlieren soll.

Das „Neue“ ist nun folgendes: Die Werkzeugmacher verlangten ursprünglich Aufhebung der Akkordarbeit und feste Lohnsätze. Das war eigentlich die Forderung und das Objekt, an dem sich die Bewegung entzündete. Diese Forderungen, an denen die Gewerkschaften „unter allen Umständen festzuhalten“ vorgaben, existieren schon lange nicht mehr. Was an Forderungen noch existiert, ist ganz undefinierbar und ganz „flüssig“, da ja der „Verständigungswille“ der Gewerkschaften so stark, und die Sorge für die „deutsche Wirtschaft“ so groß ist, die Angst um das „Wirtschaftsleben“ sie schon so gefügig gemacht hat, wie einen bettelnden Zigeuner. Weil nichts mehr existiert, wurde nun ein Schiedsspruch gefällt, der dieses Nichts befiehlt.

Der Sozialdemokrat Wissel weiß, was er seinen Kollegen schuldig ist. Die Werkzeugmacher sollen wieder anfangen zu arbeiten, und sollen gemeinsam mit den Metallkönigen die Akkordpreise und auch die Löhne „nachprüfen“. Wo keine „Einigung“ erzielt wird, „soll unter Mitwirkung der Verbände“ eine „Entscheidung“ getroffen werden. Außerdem haben die Metallkönige bekanntlich durchblicken lassen, daß sie eventl. bereit wären, einen Tarif abzuschließen. Dazu müßten allerdings erst die nötigen „Vorarbeiten“ getroffen werden. Dieser „Vorschlag“ eines Tarifabschlusses, aber nicht für die gesamte Metallindustrie, sondern für die Werkzeugmacher, wurde ebenfalls gemeinsam mit dem Vorschlag der „Nachprüfung“ der Löhne nun als Schiedsspruch verkündet. Der Schiedsspruch besagte also in Wirklichkeit **überhaupt nicht!** Er hat nur einen Sinn: Macht, daß ihr mit eurem Streik von der Bildfläche verschwindet, sonst folgt die „Verbindlichkeitserklärung“.

Kann nun das „Nichts“ für „verbindlich“ erklärt werden. Selbstverständlich! Es ist ganz sinnlos, anzunehmen, daß die Bourgeoisie bei ihrem Kampf gegen das Proletariat über juristische Flohknackereien stolpert. Mögen sich mit diesem Rätselraten die „bewährten“ und „radikalen“ Gewerkschaftsführer ruhig einige Zeit beschäftigen, und den streikenden Proleten die Zeit damit vertreiben. Die „Prominenten“ wissen, wohin die Reise geht. Schon ist Wissel dabei, in „Nachverhandlungen“ den Versuch zu unternehmen, das Nichts als etwas „Konkretes“ zu formulieren. Die Metallkönige werden **dafür** schon das nötige Verständnis aufbringen. Und nicht nur sie. Die Herren vom Metallarbeiterverband rechnen jeden Tag genau aus, was sie die Geschichte kostet, und sie haben ein großes Interesse daran, daß das Nichts in greifbarer Gestalt erscheint und für „verbindlich“ befohlen wird, weil sie dieses „greifbare“ Resultat gebrauchen, um sich dahinter zu verstecken.

Ihre lächerliche Prahlerei, daß „genügend Geld“ da wäre, um die Bewegung zu finanzieren, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß ein Streik der gesamten Metallindustrie, oder vorerst nur in Berlin bald jene Ebbe zeitigen müßte, vor der die Gewerkschaftsbesitzer mehr Angst haben als der gewöhnliche Gewerkschaftssoldat ahnt. Es läuft diese Prahlerei doch immer wieder auf die Formel hinaus, daß das Proletariat den Kapitalismus mit den ersparten Lohngroschen erfolgreich bekämpfen könne. Diesen Kinderglauben zu erhalten haben die Gewerkschaften natürlich alle Veranlassung. Deswegen ist ihre Taktik immer die, in partiellen Streiks scheinbar mit „vollen Händen“ zu geben so lange, bis der erwartete Schiedsspruch „Gesetz“ geworden ist. Da die Schiedssprüche gewöhnlich ca. 1 Jahr laufen, kommt immer noch ein nettes Sümmchen mehr ein, als ein fälliger „Kampf“ kostet. Wenn sie daher die Idiotie der KPD., daß die Bourgeoisie die Streikenden nach den Höchstsätzen der Erwerbslosen unterstützen solle zurückweist, so einmal aus dem Grunde, weil ihre Genossen in den Regierungen und Kommunen diese „Verantwortung“ nicht übernehmen können, und zweitens, um davon abzulenken, daß ein Massenkampf einfach nicht finanziert werden kann.

Die KPD. kann allerdings das Verdienst für sich buchen, den Arbeitern einzureden, daß ein Kampf gegen die Bourgeoisie von der Bourgeoisie finanziert werden kann, und man nur wie die KPD. „ehrlich wollen“ braucht. Hier zeigt sich die „Erziehungsarbeit“ der KPD. in ihrer ganzen Glorie: die Erziehung zur Ideotie!

Aber die Dialektik der Geschichte wird auch hier das letzte Wort mitsprechen. Genau so, wie die Bourgeoisie im Proletariat die Kraft schafft, die sie letzten Endes von dem Thron stürzen wird, genau so werden die Gewerkschaften durch die ewige Wiederholung ihres verräterischen Spiels dem Proletariat die Augen öffnen über das wahre Wesen ihrer tatsächlichen Politik. Einmal wird sich der Riese — wenn die Last, die ihm die Bourgeoisie aufladet unerträglich wird — losreißen, sich auf seine Kraft besinnen, und begreifen, daß seine **Rücksichtslosigkeit** allein die Kraft ist, die er der Bourgeoisie und ihren Sklaventreibern entgegen zu setzen hat. Einmal wird auch das deutsche Proletariat die Untertanentreue abschütteln und mit übermütigem Hohnlachen über alle Gesetzeswächter, Staatsmänner und „bewährte Führer“ hinwegschreiten und begreifen, daß sein Sieg in seiner Faust, seinem Hirn, seiner Solidarität liegt, die die Massen verbinden muß zum revolutionären Kampf gegen die Kapitalsoffensive, und diese Bewegung getragen wird von den revolutionären Räten des Proletariats selbst, die als Teil der kämpfenden Klasse Sieg und Niederlagen mit ihr teilen bis zur endgültigen Niederwerfung der Bourgeoisie.